Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 2.40 Mk., monatlich 80 Pfg.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum 30 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 20 Pfg., auswärtige Anzeigen 35 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 224. Montag, den 24. September 1917. 24. Jahrg.

Operative Ruhe.

Von Richard Gädke.

Seit langem hat keine derartige Flaue in dem unermeßlichen Gebiete des Weltkrieges geherrscht, wie seit nunmehr etwa zehn Tagen. Nicht, daß es in dieser Zeit an Kämpfen gefehlt hätte, daß die Sprache der Geschütze sich nicht zeitweise zu wildestem Gebrüll erhoben hätte, daß die Zahl der Toten und Verwundeten sich nicht leider wiederum um Zehntausende vermehrt hätte. Aber hinter dieser immer nur zeitweise und an begrenzten Punkten auftretenden Kampfesunruhe steckte nirgends mehr ein großer leitender Gedanke, ein festes operatives Ziel. Es handelte sich niemals um weiterreichende Entscheidungen, sondern oft um zufällige Zusammenstöße, wie sie aus der nahen Berührung im Stellungskriege hervorgehen, um bloße Erkundungen, um die Eroberung irgendeines durch seine Lage herausfordernden Grabenteils, um die Ausnutzung irgend einer örtlichen Schwäche des Gegners — kurz, um Kämpfe, die die ebensogut hätten fehlen können, ohne den Stand der Dinge irgendwie zu ändern. Die großen Angriffsunternehmungen sind einstweilen zu Ende.

Zwar bemühen sich die Engländer, den Anschein zu erwecken, als ob sie die Offensive, die sie am 31. Juli in Flandern begonnen hatten, noch immer in ruckweisen Stößen fortführten. Es gilt, das „Gesicht zu wahren“ und so zu tun, als ob der eigentliche Zweck dieses großen Angriffes nicht der Durchbruch durch die deutschen Linien, sondern ihre langsame, methodische Benagung gewesen sei. Jedes zeitweise Eindringen in eine vorspringende Ecke der deutschen Stellung, jede Eroberung eines kleinen Grabens der vordersten Linie muß dann der Vorspielung dienen, daß das englische Heer langsam, aber sicher vorschreite und schließlich seinen großen Zweck doch noch einmal erreichen werde. Tatsächlich hat diese flandrische Offensive genau den gleichen Verlauf genommen wie alle früheren, nur noch sehr viel rascher als diese. Die ersten gewaltigen Kraftanstrengungen erstickten in einem Meere von Blut, und dann konnte der Angreifer nur noch in längeren Pausen, in begrenztem Raume, mit geringeren Kräften und abnehmendem Schwunge das Spiel ohne aufrichtige Hoffnung auf Erfolg erneuern. Nur in einem Falle ist der hartnäckige Wille, die Entscheidung zu erzwingen, monatelang aufrecht erhalten und immer wieder durchgeführt worden, das war in der Sommeschlacht vom Juli 1916 bis in den Oktober hinein. Sie ist die wahre Krisis dieses Weltkrieges gewesen, weil die Franzosen und besonders die Engländer uns hier durch die riesenhafte Uebermacht ihrer materiellen Mittel überrascht hatten. Damals hat nur die Opferwilligkeit und Unerschütterlichkeit unseres Fußvolkes uns das Durchhalten ermöglicht: der Deutsche als solcher hat gesiegt über Engländer und Franzosen.

Das ist nun längst hinter uns. Beide Gegner wissen, daß sie uns nicht übermannen können, und erhoffen nur noch von fremder Hilfe das Wunder. Man spricht zwar neuerdings davon, daß die Engländer im nächsten Frühjahr eine Landung in Holland machen würden, um unsere Stellung in Flandern und Nordfrankreich vom Rücken her aufzurollen. Sie hätten es längst getan, wenn sie die Kraft dazu hätten. Jetzt scheitert der gescheite Gedanke bereits an dem Fehlen eines Heeres von 250 000 Mann, das sie an diese Aufgabe mindestens wagen müßten — aber außerdem an vielen anderen Dingen. Sie beherrschen die Nordsee nicht in dem Maße, um einen solchen Transport in geschlossener Masse hinüberzuwerfen — und geschlossen müßte die Fahrt geschehen, sonst werden die einzelnen Haufen beim Landen schon abgeschlachtet. Sie haben auch die Transportflotte nicht zur Verfügung und werden zudem durch ihren eigenen Minengürtel gehindert, den sie vor die holländische Küste, die deutsche Bucht, die dänische Westküste, gelegt haben. Sollte nicht auch unsere Hochseeflotte mit ihren Beigaben ein ernstes Wörtlein mitreden wollen?

Nein, wegen der Landung in Holland brauchen wir keine Angst zu haben; selbst dann nicht, wenn im nächsten Frühjahr die Amerikaner wirklich in größeren Massen herüberkommen sollten.

Aber die amerikanischen Offiziere, die mit General Persching nach Frankreich zur Berichterstattung gesandt waren, scheinen nicht gerade mit begeisterter Siegeszuversicht zurückgekehrt zu sein. Sie haben angeblich gemeldet, „daß sie die deutsche Westfront so undurchdringlich gefunden hätten, daß sie von den Verbündeten nicht eingedrückt werden könne, wenn ihnen nicht die Vereinigten Staaten mit Riesenkräften beispringen.“ Woher diese Riesenkräfte nehmen? und wie sie über den Atlantischen Ozean befördern? und wie sie in Frankreich mit allem Nötigen unterhalten? Selbst die Engländer haben fast 2 Jahre gebraucht, ein wirklich großes und kampftüchtiges Heer nach dem nahen Flandern zu werfen. Selbst jetzt stehen ihre Offizierkorps und Unteroffizierkorps nicht auf der Höhe ihrer Aufgabe, und doch waren tüchtige Stämme in nicht ganz geringer Zahl vorhanden. In Amerika muß alles aus dem Nichts geschaffen, ein Heer aus dem Boden gestampft werden. Es will nichts sagen, daß sie zehntausend Mann glücklich herübergebracht haben, ohne unseren U-Booten zu begegnen. Wenn wirklich im nächsten Frühjahr Massentransporte beabsichtigt werden sollten, dann wird es schon schwer sein, den monatlich sich verringernden Schiffsraum zusammenzubringen, noch schwerer aber die Transporte heil nach Nantes und nach Bordeaux zu bringen.

Das Schrecken mit der amerikanischen Waffenhilfe soll uns gefügig machen, die eigene Bevölkerung aber über den Winter hinaus aufrecht erhalten. Denn alles, was jetzt dort drüben auch in militärischer Beziehung verlautbart, hat ohne Ausnahme bereits seinen Nebenzweck für die Friedensverhandlungen, soll die politische Stellung unserer Feinde möglichst stärken. Wenn sie sich mit uns an dem Konferenztisch niederlassen, soll es so aussehen, als hätten sie es eigentlich gar nicht nötig, und wollten nur hören, wieviel wir ihnen zu bieten hätten, um sie zu befriedigen.

Darum lassen sie auch die gegenwärtige operative Pause nicht zur völligen Waffenruhe werden, die ihre militärische Ermattung allzu deutlich verraten könnte. Und darum werden wir uns auf größere oder kleinere Angriffe im Westen immer noch gefaßt machen müssen. An große Schläge von jener Seite noch vor dem Winter glaube ich nicht mehr. Auch Cadorna erneuert seine Stürme am Isonzo hier und da mit schwächer werdenden Kräften aus dem gleichen Grunde, um seinen abermaligen Mißerfolg zu bemänteln. Die 11. Isonzoschlacht ist zu Ende; ob es später, vor dem Friedensschluß, noch zu einer 12. kommen wird, ist doch recht zweifelhaft.

Noch größere Sorge als ihre eigene unzureichende Kraft macht unseren Gegnern die Gestaltung der Dinge im Osten. Der glückliche Schlag von Riga hat ihnen geradezu bebendes Entsetzen eingeflößt, und sie haben ernstlich für das mehr als 500 Kilometer entfernte Petersburg gezittert. Darum haben sie für den Kosakengeneral Kornilow herzliche Sympathien gehegt und müssen sich dem siegreichen Kerenski gegenüber so gut herausreden, wie sie es können. Für uns, denen es hauptsächlich darauf ankam, unsere Stellung in Kurland militärisch zu verbessern, ist der Ausgang des Kampfes zwischen beiden Männern von geringer Tragweite. Der Kampf selbst, die völlige Zerrüttung des Heerwesens in allen Zweigen, die er uns mehr noch als bisher enthüllt hat, sie nützen uns und lassen das Russenheer, gewaltig an Zahl, wie es noch immer ist, als eine angriffsfähige Masse nicht erscheinen. Wir dürfen unsere Stellung im Osten als noch gesicherter betrachten, als die im Westen. Das gilt zugleich auch für die Balkanhalbinsel mit, wo der leise Versuch Sarrails zu einer Umfassungsoffensive seines linken Flügels schon nach drei Tagen wieder ins Stocken geraten ist.

Darum wird man auch nicht zweifeln dürfen, daß in der Tat ernste Anstrengungen gemacht werden, Japan doch noch zu einer stärkeren, tätigen Beteiligung am Kriege zu veranlassen, als bisher. Schon damit es nicht der einzige der Kampfesgesellen ist, der sich allein eines ungestörten wirtschaftlichen Gedeihens erfreut, ohne wesentliche finanzielle und blutige Opfer zu bringen. Denn sie lieben sich doch gegenseitig zum Fressen!

Ob die englischen, französischen, amerikanischen Bemühungen bei den klugen Staatsmännern des Mikado Erfolg haben werden, ist eine andere Frage. Militärisch wäre die Ankunft eines stärkeren japanischen Heeres innerhalb eines nicht zu großen Zeitraumes an der russischen Westfront nicht ohne weiteres zu verneinen; der Zweifel wenigstens nicht mit dem schlechten Zustande und der mangelhaften Leistungsfähigkeit der sibirischen Bahn genügend zu begründen. Wir kennen hier den Grad ihrer Verwahrlosung gar nicht genau; tatkräftige japanische und amerikanische Ingenieure könnten da vielleicht in kurzer Zeit viel verbessern. An sich aber ist ihre Leistungsfähigkeit durch zahlreiche Weichen und andere Anlagen seit dem mandschurischen Kriege ganz erheblich gebessert worden.

Wenn ich trotzdem zweifle, daß Japan sich auf das Abenteuer einlassen wird, so geschieht es darum, weil es seine politisch-militärische Stellung dadurch nicht verbessern, sondern verschlechtern würde. Jetzt herrscht es in Ostasien unumschränkt, und Rußlands Grenzen dort liegen seinem Griffe jederzeit offen, ein Heer aber von 200 000—300 000 Mann an der russischen Westfront würde ein Faustpfand in der Gewalt der russischen Regierung sein — und beide Mächte könnten wieder auf gleichem Fuße mit einander verhandeln. Dies Heer aber würde auch im Bedarfsfalle gegen die Vereinigten Staaten fehlen.

Die Antwortnote der Mittelmächte.

Der alldeutschen Presse paßt die deutsche Antwortnote an den Papst absolut nicht. Daß die Regierung sich in derselben auf den Standpunkt der Reichstagsmehrheit gestellt hat, ist ihr sehr unangenehm. „Man erkennt den Kanzler Exzellenz Dr. Michaelis nicht wieder“ — so leiteten die „Berliner Neusten Nachtrichten“ ihren Artikel ein und meinen, daß sich das bekannte Wort Michaelis „Wie ich sie verstehe“ auch auf die deutsche Antwortnote bezieht. Schließlich bezeichnen sie den Kanzler als einen Billardspieler, der bald der Rechten, bald der Linken zuzwinkere. — Der „Reichsbote“ (das deutsche Pastorenblatt) findet in seinem wahren Christentum, daß die „deutsche Note leider mehr, als es uns ersprießlich erscheinen kann“, auf Abrüstung und Weltschiedsgericht eingegangen sei. — Die „Kreuzzeitung“ ist sehr skeptisch über den Erfolg der Note, bezeichnet aber die Erklärung für Abrüstung und Schiedsgericht trotz aller Vorbehalte als einen bei unserer geographischen Lage gefährlichen Weg. — Die „Deutsche Tageszeitung“ versichert, daß die einzige Bürgschaft für Deutschlands Freiheit und Frieden in positiver Machtstellung zu erblicken sei, und rügt am schärfsten die am Schluß der Note ausgesprochene Einladung an die Gegner, der Vorbereitung eines künftigen Friedens nähertreten zu wollen. In dieselbe Kerbe haut auch die „Post“. — Die „Tägliche Rundschau“ ist mit der Note einverstanden, weil sie sie für ein Sammelsurium schönster Worte halten zu können glaubt, hinter denen kein ernster Wille stehe: „Betrachtet man die Note als Ganzes, so stellt sie sich als eine zu nichts verpflichtende, in der Form höfliche Selbstverständlichkeit dar, charakterisiert durch eine leichte Skepsis hinsichtlich der wunschbaren idealen Forderungen des Papstes.“

Die Presse der Reichstagsmehrheit billigt im allgemeinen die Antwortnote.

Ueber die Aufnahme der Antworten in Frankreich und England liegen heute bereits einige Pressestimmen vor. Der diplomatische Mitarbeiter des „Petit Parisien“ schreibt, das Schweigen Deutschlands über die konkreten Kriegsziele sei auf den Druck der Militärpartei und der Annexionisten zurückzuführen. Noch vor wenigen Tagen habe es den Anschein gehabt, Berlin verzichte mehr oder weniger auf seine Zurückhaltung, und man habe annehmen können, der Kanzler habe sich im Sinne des Verständigungsfriedens orientiert, als plötzlich Einflüsse im entgegengesetzten Sinne aufgetaucht seien und wie gewöhnlich gesiegt hätten. Der „Petit Parisien“ sieht den Beweis für seine Hypothese namentlich in der Agitation der neuen „Vaterlandspartei“ gegen die Reichstagsmehrheit. — Das „Journal des Debats“ sucht aus der formalen Tatsache, daß Berlin und Wien besondere Antworten abschickten, Meinungsverschiedenheiten zwischen beiden Regierungen über die Kriegsziele herauszulesen. In Oesterreich-Ungarn, ausgenommen in der magyarischen Oligarchie, wünsche man leidenschaftlich Frieden und sei zum Entgegenkommen bereit. Seit der Thronbesteigung Kaiser Karls sei der gute Wille zur Verständigung offenbar. In Deutschland sei das nicht der Fall. — Der „Temps“ will sich auf irgendeine Diskussion in der belgischen Frage überhaupt nicht einlassen. Mit dem preußischen Militarismus sei ein Friedensschluß unmöglich, gleichviel, mit welchen diplomatischen Formeln er seine militärischen Zwecke verhülle. — Renaudel schreibt in der „Humanite“ in einem Aufsatz über den „Völkerbund“: „Möge das deutsche Volk den Völkerbund annehmen, möge das deutsche Volk sagen, daß es bereit ist, die Bedingungen anzunehmen, die die Völkergerechtigkeit festlegen wird. Wie Ribot gesagt hat, werden dann die Alliierten bereit sein, zu verhandeln.“

Der Londoner Korrespondent des „Handelsblad“ schreibt, daß man mit großem Interesse die Antwort Deutschlands an den Papst erwartete. Die Antwort habe alle enttäuscht, die aus dem, was in dieser Woche über die Wahrscheinlichkeit einer definitiven Lösung der belgischen Frage von Deutschland geschrieben wurde, gehofft hatten, daß die Antwort die Basis für Friedensunterhandlungen sein könnte. Nun, wo die Antwort bekannt sei, meine man allgemein, daß der Frieden weiter entfernt sei, als je. Der „Evening Standard“ sagt: Es ist ein bemerkenswerter Unterschied im Tone der deutschen und der österreichischen Note zu verzeichnen. Die letztere ist ein freidensaufrichtiges und würdiges Schriftstück, die erstere ein Gemisch von Unverschämtheit und Heuchelei. Der Hauptgedanke in beiden Noten ist, daß die Mittelmächte zu einem Frieden bereit sind, aber zu einem Frieden in Uebereinstimmung mit der europäischen Lage, das heißt zu einem deutschen Frieden. Die Note enthält kein Wort über Belgien und Elsaß-Lothringen, Serbien usw. Der „Standard“ ist der Meinung, daß Deutschland und Oesterreich totverlegen seien um Frieden. Er ist jedoch weiter der Ueberzeugung, daß keiner der beiden Staaten vollkommen gebrochen sei. Die „Pall Mall Gazette“ schreibt: „Das Dokument sagt weder etwas über Belgien, noch etwas über irgend eines der anderen heutigen Ziele, wofür die Alliierten kämpfen und die sie

nicht von ihren eigenen Maßregeln zur Wiederherstellung und Sicherung des Friedens in der Zukunft trennen können. Die „Westminster Gazette" erklärt: Eine Tatsache von höchster Bedeutung ist es, daß Deutschland und Oesterreich beide den Grundsatz der Abrüstung und der Arbitrage annehmen würden, insbesondere, wo die Erklärung darüber von den heutigen Beherrschern dieser beiden Ländern herrühre. Wenn diese Prinzipien aufrichtig angenommen werden würden, wäre ein Schritt vorwärts in der guten Richtung getan. Ein anderer treffender Satz in der deutschen Note sei, daß Deutschland infolge seiner geographischen Lage und seiner ökonomischen Bestrebungen von dem friedlichen Verkehr mit den benachbarten und fernen Ländern abhängig sei. Keine der Antworten sage jedoch ein Wort über die Bedingungen, worunter der neue „Status quo ante bellum" durch Abrüstung und Arbitrage aufrechterhalten werden könne. Das Beste, was wir über das Stillschweigen der Mittelmächte sagen können, ist, daß die Tür nicht geschlossen ist, und daß es denkbar ist, daß sie offen steht. Aber bevor wir in das gelobte Land eintreten können, wo die moralische Kraft des Rechtes anstatt der materiellen Macht der Waffen tritt, muß die Brücke des neuen Status quo gebaut werden. Wir können nur hoffen, daß die Mittelmächte einmal so gelehrig für den Entwurf der Brücke sind, wie sie sich jetzt für Abrüstung und Arbitrage gerecht zeigen. — Die „Morning Post" schreibt: Wir können Mut schöpfen aus der Tatsache, daß die Deutschen mehr Vorteile für sich in einer friedlichen Beilegung zu sehen beginnen, als in der Fortsetzung des Krieges. Das ist der beste Grund für uns, eine solche Beilegung zu verweigern. — „Daily Chronicle" schreibt dagegen: Es ist unmöglich, den Ernst der Note des Kaisers von Oesterreich auf die Vorschläge des Papstes nicht zu achten. Der Ernst spricht aus jedem Teil dieser merkwürdigen Auslassung. Es ist nun deutlich, daß die Mittelmächte in einer versöhnlicheren Stimmung sind, als es je seit Beginn des Krieges der Fall gewesen ist. Der Aufruf des Papstes ist nicht fruchtlos gewesen. Nun, da die Mittelmächte geantwortet haben, sind wir der Meinung, daß England und seine Bundesgenossen ihre Antwort an den Vatikan auch aufstellen müssen.

Aus den Pressestimmen der neutralen Länder seien folgende bemerkenswertesten wiedergegeben. Der „Nieuve Courant" (Holland) bedauert, daß die deutsche und die österreichische Antwort an den Papst darüber schweigen, welche Opfer die Zentralmächte für den Frieden zu bringen bereit sind. Aber der Umstand, daß die österreichische Note die Vorschläge des Papstes als brauchbare Basis bezeichnet und der Hinweis der deutschen Antwort auf die Friedensresolution vom 19. Juli geben den Antworten doch eine viel größere und praktischere Bedeutung, als die platonische Erklärung vom 12. Dezember 1916, daß die Zentralmächte zu Unterhandlungen bereit seien.

Das ebenfalls holländische „Vaderland" schreibt: Ohne Zweifel würde eine Volksabstimmung in den kriegführenden Ländern überwältigende Mehrheiten für den Frieden ergeben. Wiederholt klagen die „Times", „Daily Mail" usw. über die beängstigende Macht der Pazifisten. Die französische Zensur kann nicht verhindern, daß die leidenschaftlichen Friedensrufe bis über die Grenzen vernehmbar sind. In Italien wurde in Alessandria und Genua gegen die pazifistische Agitation der Belagerungszustand verhängt. In Rußland wünscht die mächtige Partei der Bolschewiki sofortigen Frieden.

Andere holländische Blätter bezeichnen es als einen Fortschritt, daß Deutschland sich für die Abrüstung ausspricht.

„Politiken" (Kopenhagen" schreibt u. a.: Der Inhalt kann in dem bedeutungsvollen Worte: „Verständigungsfrieden" zusammengefaßt werden, aber die unmittelbare Aufklärung, wie die Lösung der konkreten Streitfrage gedacht ist, enthält die Antwort nicht. Besonders wird die Kritik der Alliierten hervorheben, daß Belgien nicht genannt wurde. Indessen kann das Schreiben hierüber in der deutschen Antwortnote nicht als Zurückweisung betrachtet werden. Es wird ja ausdrücklich betont, daß die Note in innigster Fühlung mit der Vertretung des deutschen Volkes und in Uebereinstimmung mit der Friedensresolution vom 19. Juli zustande kam. Die Reichsregierung sah es nicht als opportun an, im gegenwärtigen Augenblicke an den Einzelheiten zu rühren. Das Hauptgewicht muß daher auf den warmen vorbehaltlosen Anschluß an die leitenden Friedensgrundsätze gelegt werden. Klar und bestimmt wird auch festgestellt, daß Deutschland an einer umfassenden internationalen Einschränkung der Rüstungen und der Durchführung eines obligatorischen Schiedsgerichts teilnehmen will.

Der von Branting geleitete „Socialdemokraten schreibt: Die deutsche Antwort auf die päpstliche Note gibt freilich keinen klaren Bescheid über die Kriegsziele, darf aber als ungemeine Annäherung der Regierung an den Standpunkt der Reichstagsmehrheit aufgefaßt werden. Durch ihre grundsätzliche Anerkennung, daß ein Rechtsfrieden dem Weltkrieg folgen müsse, ebnet sie den Weg für einen fortgesetzten Meinungsaustausch mit dem Vatikan. Die deutsche Presse deutete an, daß dieser Weg zur näheren Präzision der Friedensbedingungen der deutschen Regierung betreten werden wird. Ohne solche Präzisierung seitens der Macht, die noch immer ihre Arme über große Gebiete Europas ausstreckt, kann man nicht erwarten, daß die starke demokratische Volksmeinung für einen Rechtsfrieden in den Weststaaten die brutale Abweisung jeder Friedensdiskussion durch die imperialistischen Kreise ihrer Länder zu durchbrechen vermag.

Das ententefreundliche Blatt „Dagens Nyheter" (Schweden), hebt hervor, daß sich der Ton der Note von dem des Friedensangebots im letzten Dezember unterscheidet. Diesmal findet sich kein Hinweis auf das Waffenglück. Die Friedensfrage wird auf das hohe Niveau der ersten Botschaft Wilsons gehoben und der Grundsatz anerkannt, daß Dauerfrieden und Recht an die Stelle der Macht treten muß. Die Antwort enthält keine Einzelheiten über die Verhandlungsbasis, aber eine Andeutung findet man gleichwohl in dem Hinweis auf die Reichstagsresolution. Bemerkenswert ist auch die Hinzufügung, daß die Antwort in engster Fühlung mit der Volksvertretung zustande kam und also nicht nur die Regierung, sondern auch das Volk dahintersteht. **Die alldeutsche Richtung mit ihrem Gewaltsfrieden ist damit endgültig zurückgewiesen.**

Die Kriegslage.

Der dritte Tag der neuen Flandernschlacht ist vorüber gegangen ohne daß es zu weiteren englischen Großangriffen kam. Am 22. September blieb das Artilleriefeuer bis 10 Uhr vormittags auf der ganzen Kampffront mäßig und verstärkte sich erst von da ab zwischen Langemarck und Hollebeke. Um 5 Uhr nachmittags war nordöstlich Ypern eine neuerliche Verstärkung des Feuers zu bemerken, das um 6 Uhr zum Trommelfeuer anschwoll. Augenscheinlich war eine größere Angriffsaktion geplant. Infolge der erfolgreichen deutschen Abwehrwirkung kam es jedoch nur östlich St. Julien zu Teilangriffen, die überall abgewiesen wurden. Um 10 Uhr abends flaute auch das Artilleriefeuer überall wieder ab. Wenn die englischen Berichte voll davon sind, daß es nunmehr gelungen sei, der deutschen Verteidigungsmethode durch ein neues wirksames Angriffssystem zu begegnen, so stehen die äußerst geringen positiven englischen Erfolge zu dieser Behauptung in seltsamen Gegensatz. Die Fliegertätigkeit war außerordentlich rege. Deutsche Geschwader brachten u. a. bei Poperinghe einen Munitionszug sowie mehrere Schuppen durch Bombenabwürfe zur Explosion.

Im Artois und bei St. Quentin herrschte lebhafte Artillerie- und Patrouillentätigkeit. Mehrfach brachten die deutschen Patrouillen Gefangene ein. Bei Bernot an der Oise bewarfen feindliche Flieger ein Lazarett mit Bomben. Mehrere Soldaten und eine Schwester wurden getötet oder verwundet.

An der Aisne beiderseits Reims und in der Champagne war die Feuertätigkeit zeitweise lebhafter. Deutschen Patrouillen gelangen zahlreiche Vorstöße. Unter anderem stieß westlich der Champagne-Ferme ein deutscher Stoßtrupp bis weit in die französischen Gräben vor und kehrte mit 15 Gefangenen und 1 Schnellladegewehr zurück. An der Verdun-Front hat die Feuertätigkeit wieder abgenommen. Die Abwehrtätigkeit der deutschen Batterien und Luftgeschwader fügte den Franzosen schwere Verluste zu. In und hinter den französischen Stellungen wurden zahlreiche Brände und Explosionen beobachtet. Ein deutsches Bombengeschwader setzte den großen französischen Munitions- und Pionierpark bei Landrecourt in Brand.

Im Osten ist die Eroberung von Jakobstadt ein erneuter Beweis, in welchem Maße die deutsche Führung sich völlige Freiheit des Handelns trotz aller Angriffe der Entente bewahrt hat. Der Brückenkopf, den die Russen hier noch auf dem westlichen Düna-Ufer hielten, wurde von den Deutschen in raschem, erfolgreichem Angriff genommen. Nachdem die russischen Linien nordwestlich von Jakobstadt durchbrochen waren, wurde der Sussei-Abschnitt überschritten und im weiteren Verlaufe der Kämpfe Jakobstadt besetzt. Der ganze Brückenkopf ist in deutscher Hand. Die Beute ist noch nicht zu übersehen.

*

Die Heeresberichte.

WTB. Großes Hauptquartier, 23. Septbr. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Ein englischer Monitor beschoß mit Fliegerbeobachtung gestern morgen Ostende. Einige Granaten trafen die Kathedrale, in der Frühmesse gehalten wurde. Sieben Belgier wurden getötet, vierundzwanzig schwer verwundet. Der Monitor wurde durch Feuer unserer Küstenbatterien vertrieben.

An der flandrischen Landfront blieb das Artilleriefeuer nach Abschluß der örtlichen Frühkämpfe wechselnd stark. Gegen Abend verdichtete sich die feindliche Wirkung wieder nordöstlich von Ypern zum Trommelfeuer. Es folgten starke Teilangriffe der Engländer südöstlich von St. Julien; der Feind wurde zurückgeworfen.

Nachts bei nachlassendem Feuer keine Infanterietätigkeit.

Eine bei Monchy, südöstlich von Arras, nach heftigem Feuerstoß in unsere Gräben dringende englische Kompagnie wurde im Nahkampf vertrieben.

Bei Vorfeldgefechten südlich der Straße Cambrai—Bapaume sowie an der Somme und Oise blieben Gefangene in unserer Hand.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Längs der [illegible] am Brimont und in einigen Abschnitten der Champagne [illegible] zeitweilig zu lebhafter Kampftätigkeit der Artillerien.

Bei zahlreichen Erkundungsvorstößen, die vielfach unsere Sturmtrupps bis in die hinteren Linien der französischen Kampfanlagen führten, konnten Gefangene gemacht werden, obwohl der Feind fast überall flüchtete. Unsere braven Besatzungen wiesen an einigen Stellen französische Aufklärer ab.

Vor Verdun schwoll nachmittags das Feuer zu größerer Stärke an.

Die Gegner verloren gestern 14 Flugzeuge und 1 Fesselballon.

Oberleutnant Berthold errang den 23. Luftsieg, Vizefeldwebel Thom schoß wiederum 2 feindliche Flieger im Luftkampf ab.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Front Prinz Leopold.

Im Brückenkopf von Jakobstadt wurde in den hastig verlassenen russischen Stellungen umfangreiches Kriegsgerät vorgefunden.

Unsere Truppen haben die Düna von Lowenhof bis Stockmannshof überall erreicht.

In Pinsk entstanden durch russische Beschießung Brände.

Mazedonische Front.

Bei großer Hitze — in der Sonne bis 65 Grad — fanden Gefechtshandlungen nur westlich des Ochrida-Sees statt. Dort wurde den Franzosen eine Höhe bei Kreova durch deutsche und österreichisch-ungarische Truppen im Sturm entrissen.

Der Erste Generalquartiermeister.
Ludendorff.

*

Berlin, 23. September, abends. (Amtlich.)

Außer lebhaftem Artilleriekampf in Flandern ist bisher nichts Besonderes von den Fronten gemeldet.

*

Wien, 22. September. (Amtlich.)

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Westlich vom Ochrida-See haben österreichisch-ungarische und deutsche Truppen einen starken französischen Angriff in schwerem Kampfe abgewiesen.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Bei den österreichischen Truppen keine besonderen Ereignisse.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Unverändert.

*

Wien, 23. September. (Amtlich.)

Oestlicher Kriegsschauplatz.

In der Bukowina wurden feindliche Aufklärungsabteilungen abgewiesen. Sonst nur geringe Gefechtstätigkeit.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Der Südteil der Hochfläche von Doberdo und der Monte San Gabriele standen unter lebhaftem Artilleriefeuer.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Im Strumi-Gebiet haben wir die Franzosen von einer Höhe verdrängt.

Einer schneidig geführten österreichisch-ungarischen Abteilung gelang es, hinter die feindlichen Linien vorzudringen und dort eine stärkere Reserve zu zersprengen.

Frankreich und Belgien.

Meuternde russische Truppen in Frankreich.

Die „Neue Züricher Zeitung" meldet: Die russischen Truppen an der französischen Front sind nach einem Aufruhr, der unter ihnen ausgebrochen ist, zurückgezogen. Sie wurden nach Saloniki gesandt.

Rußland.

Der Kampf um die Regierungsgewalt.

Dem „Nieuwe Rotterdamschen Courant" zufolge berichtet „Daily Telegraph" aus Petersburg vom Mittwoch, daß die Bolschewiki sich wieder tüchtig rühren. Sie versuchen die Verhandlungen der für Mittwoch einberufenen demokratischen Konferenz nach ihrem Geschmack zu beeinflussen, und es ist ihnen darum zu tun, die Konferenz in eine Art Parlament umzuwandeln, das ein sozialistisches Ministerium wählen und alle Macht an sich reißen würde. Die Bolschewiki sind allein nicht zahlreich genug, werden aber durch die Sozialrevolutionäre, unter der Führung Tschernows, unterstützt. Tschernow machte seit seinem Austritt aus der Regierung lebhaft für sich Stimmung. Er ließ sofort nach seiner Demission in der ganzen Stadt Proklamationen an die Bauern und Soldaten anschlagen, in welchen er ihnen versicherte, daß er ihre Interessen eifriger als je vertreten würde. Das Zustandekommen der demokratischen Konferenz wird hauptsächlich auf seinen Einfluß zurückgeführt. Auch aus anderen Städten kommen Berichte, daß die Bolschewiki an Einfluß gewinnen und daß die revolutionären Komitees die Macht an sich reißen.

In Charkow und verschiedenen anderen Städten bemächtigten die Sowjets sich der Verwaltung. In Tiflis wurden die Regierungskommissare für den Kaukasus von den sozialistischen Komitees abgesetzt. Alles weist darauf hin, daß der Augenblick, in dem es zu Entscheidungen kommen werde, nicht mehr fern ist. In Finnland halten die Parteien geheime Versammlungen ab unter dem Vorwand, daß sie über die Proklamation der Republik in Rußland beraten wollen. Sie beabsichtigen, ihre Forderungen nach der Unabhängigkeit Finnlands zu wiederholen. Inzwischen trifft die Regierung ihrerseits Maßregeln. Es soll schleunigst eine Koalitionsregierung gebildet werden, um die demokratische Konferenz vor eine vollendete Tatsache zu stellen.

„Daily News" wird aus Petersburg berichtet, daß die demokratische Konferenz, wenn sie sich gegen das Koalitionskabinett entscheide, ein sozialistisches Ministerium beantragen werde, für das schon die Ministerliste bestehe. Kerenski werde in diesem Falle zurücktreten.

*

Ein bemerkenswerter Entschluß.

Der ausführende Ausschuß des Rates der Bauernvertreter Rußlands richtete einen ausführlichen Aufruf „an die arbeitenden Demokratien der Welt", der durch den holländisch-skandinavischen Ausschuß versandt wird. Die Bauern erklären sich darin zum **Anschluß an die sozialistische Internationale** und an die **Stockholmer Konferenz**, die, so heißt es in dem Aufruf, nur bis zu dem Tage verschoben ist, wo alle Demokratien der Welt zur Erörterung der Bedingungen für einen dauernden und gerechten Frieden sich ungehindert versammeln können.

*

Reformation des Heeres.

Nach seiner Rückkehr aus dem Hauptquartier gab der neue Kriegsminister General Werkowski dem Bureau des Vollziehungsausschusses des Arbeiter- und Soldatenrates einen langen Bericht über die Lage der Armee und legte sein Programm dar. Der Minister erklärte vor allem, es gäbe zwei Wege, die Armee neu zu bilden, erstens, sie durch blutige Repressivmaßregeln, zweitens, durch Einpflanzung gesunder Gedanken die Disziplin in den militärischen Massen zu organisieren. „Der erste Weg," sagte der Minister, „ist der des ehemaligen Oberbefehlshabers Kornilow, ein falscher und gefährlicher Weg, denn die gegenwärtige Armee ist das ganze Volk in Waffen. Der zweite Weg ist der meinige; ich wandte ihn in Moskau an, wo er ausgezeichnete Ergebnisse zeitigte. Ich beabsichtige, ihn an allen Fronten und im Hinterlande durchzuführen." Werkowski wies sodann darauf hin, daß das tolle Abenteuer Kornilows die Beziehungen zwischen den Soldaten und ihren Führern aufs neue gefährdet habe. Um dem entgegenzuwirken, habe die Regierung beschlossen, jeden Kommandanten, der nicht das Vertrauen der Truppen genieße, durch andere Führer zu ersetzen, unabhängig von ihren Graden, aber unter der Bedingung, daß sie in der Führung der militärischen Operationen bewandert seien und in politischer Hinsicht keinen Zweifel erregten. Der Minister fügte hinzu, der Generalstabschef des Oberbefehlshabers, General Alexejew, könne nicht auf seinem Posten bleiben, denn er verstehe nicht die Psychologie der heutigen Truppen. Das ganze Hauptquartier werde umgebildet und eine das allgemeine Vertrauen genießende Persönlichkeit an seine Spitze gestellt werden." — „Eine andere, sehr wichtige Frage," fuhr der Minister fort, „ist die der Herabsetzung des Effektivbestandes der Armee, deren zahlenmäßige Zusammensetzung nicht den wirtschaftlichen Kräften des Landes entspricht. Unser Volk kann eine solche Armee nicht erhalten. Der Grund hierfür liegt in ihrer falschen technischen Zusammenstellung. In Wirklichkeit sind nur ein Zehntel aller Mobilisierten an der Front, während neun Zehntel sich im Hinterlande befinden, das ungeheure Mittel für ihren Unterhalt verschlingt. Deshalb hat die Regierung beschlossen, die Bestände der verschiedenen militärischen Verbände an der Front und im Hinterlande um ein Drittel herabzusetzen, ohne jedoch an der Zahl der aktiven Soldaten sowie der Geschütze und Maschinengewehre zu rühren."

In Zusammenhang mit dieser Nachricht der Petersburger Telegraphen-Agentur steht wohl nachstehende Stockholmer Meldung:

Der Generalstabschef Alexejew hat wegen Meinungsverschiedenheiten zwischen ihm und Generalissimus Kerenski seinen Abschied eingereicht. An seine Stelle tritt wahrscheinlich der Befehlshaber der Südwestfront Tscheremissow. Kerenski hat die Entfernung aller Offiziere verlangt, die in den Kornilowschen Putsch verwickelt waren. Dem widersetzte sich Alexejew, weil die Operationen an der Front dadurch beeinflußt werden könnten. Der neue Kriegsminister Werchowski billigt Kerenskis Standpunkt.

*

Ein Regierungserlaß an Heer und Flotte.

In einem Tagesbefehl an Heer und Flotte erklärt die einstweilige Regierung: Der Aufstand Kornilows ließ bei den Soldaten und Matrosen Mißtrauen gegen die Führer entstehen, welches den Zusammenhalt des Heeres gefährdet. Die Regierung erklärt laut, daß die Mehrheit der Offiziere der Republik treu ist, ausgenommen eine kleine Gruppe, welche das Vertrauen der Regierung täuschte. Infolgedessen zerstört jedes weitere Bemühen, Mißtrauen gegen das Personal des Kommandos zu säen, die Kampfkraft der Armee. Die Urheber solcher Stimmungsmache sind in den Augen der Republik Verbrecher, da sie die einzige Grundlage zerstören, die Rußland retten kann. Die einstweilige Regierung erklärt: Erstens: Alle Führer, die nicht fähig sind, die Truppen zu führen zugleich mit der Arbeit an der Befestigung der republikanischen Staatsform in Rußland, werden abgelöst. Zweitens: Die höheren Offiziere des großen Generalstabes werden, soweit sie in den Aufstand Kornilows verwickelt sind, abgelöst. Drittens: Die Truppen, die an dem Aufstand teilnahmen, werden vom Quartier des großen Generalstabes entfernt und durch treue Truppen ersetzt. Viertens: Alle Schuldigen, die während des Aufstandes Kornilows bösen Willen bewiesen, werden vor Gericht gestellt. Fünftens: Die Regierung verlangt vom Heere und von der Flotte Rückkehr zum regelmäßigen Leben und volle Handlungsfreiheit für die Führer in allen Fragen der Kriegsoperationen und der Ausbildung des Heeres und der Flotte. Sechstens: Die Regierung befiehlt, daß jede während der letzten Krisis verhaftete Person den Behörden übergeben und strenge Untersuchung wegen aller Fälle von Ermordung Vorgesetzter eingeleitet werde. Siebtens: Leute, welche Offiziere auf Verdacht hin töteten, sind

verhaftet worden und werden vor Gericht gestellt. Die Regierung macht auf die Gefahr für die Republik aufmerksam, die solche Willkürakte herbeiführen.

Der „Bote der russischen Revolution".

Die Bolschewiki führten bisher ihre Sache gegenüber der Internationale durch eine in Stockholm in deutscher und französischer Sprache herausgegebene Korrespondenz, die „Auslands-Prawda". Jetzt sind sie dazu übergegangen, sich an deren Stelle ein eigenes gedrucktes Auslandsorgan zu schaffen, den „Boten der russischen Revolution", der gleichfalls in Stockholm herausgegeben wird. In einem Anschreiben an die Internationale wird dargelegt, daß das Verständnis der gegenwärtigen Phase der russischen Revolution, in der sie zum Gefangenen des Imperialismus geworden sei, für das internationale Proletariat absolut unentbehrlich wäre. Auch der Kampf gegen die kapitalistische Diktatur, die jetzt in Rußland unter der Flagge des kleinbürgerlichen Kerenski-Sozialismus herrsche, zwinge die Bolschewiki, wieder an die Hilfe der Internationale zu appellieren.

Der geistige Leiter der neuen Zeitschrift ist wohl Karl Radek, der in einem langen Leitaufsatz darlegt, daß die russische Revolution in ihren ersten sechs Monaten Rußland allerdings keinen Nutzen, sondern nur fortschreitende Zersetzung gebracht hätte, daß man aber trotzdem nicht daraus Schlußfolgerungen ziehen dürfe, welche „Internationale Korrespondenz", „Vorwärts" und „Chemnitzer Volksstimme" daraus gegen die Taktik der Bolschewiki gezogen hätten. Die Revolution müsse vielmehr international werden, um zu siegen.

*

Ein Sieg der Maximalisten.

Nach einer Meldung der Petersburger Telegraphenagentur brachten in der Vollversammlung des Arbeiter- und Soldatenrats die sozialdemokratischen minimalistischen und die revolutionär-sozialistischen Parteien eine Entschließung in Vorschlag des Inhalts, daß die am 13. September gefaßte maximalistische Entschließung nur rein zufällig angenommen worden sei, und der Arbeiter- und Soldatenrat in Petersburg volles Vertrauen zu seinem Bureau habe. Diese Entschließung wurde in namentlicher Abstimmung mit 519 gegen 418 Stimmen abgelehnt, während 57 Abgeordnete abwesend waren. Der Präsident des Arbeiter- und Soldatenrats, Tscheidse, erklärte, daß die Mitglieder des Bureaus ihr Amt niederlegten.

England.

Eine Friedenskundgebung der Anhänger Morels.

In Merthyr fand am 16. September eine Friedenskundgebung statt, der der Parlamentarier Trevelyan und Frau Morel beiwohnten. Frau Morel verlas eine von ihrem Ehemann für diese Versammlung vor seiner Inhaftierung aufgesetzte Adresse, in der es heißt, diejenigen, die von einem Sieg redeten, hätten nicht erklärt, was sie damit meinten. Sie seien auch außerstande, dieses zu tun, denn zwischen Nationen mit Hunderten von Millionen Angehöriger sei ein Sieg im alten militärischen Sinne ausgeschlossen. Eine einstimmig angenommene Entschließung forderte die Regierung auf, die Bedingungen bekannt zu geben, unter denen sie zu Friedensverhandlungen auf der Grundlage der russischen Formel bereit sei. Trevelyan verurteilte die Regierung aufs schärfste wegen ihres Vorgehens gegen Morel, der wegen einer formalen Uebertretung zu sechs Monaten Gemeinschaft mit Dieben und Schwindlern verurteilt sei. Das sei nicht britische Gerechtigkeit, sondern ein Akt einer feigen Regierung, ein Akt eines feigen, welschen Premiers. Das Verbrechen Morels sei, daß er „Frieden" gesagt habe, während Lloyd George „Krieg" sagte. Die englische Regierung versperre geflissentlich jede Möglichkeit zum Frieden, **verhindere geflissentlich Volksversammlungen im Interesse des Friedens** und entstelle geflissentlich den Sinn der bestehenden Bewegungen. Schließlich wurde eine die Regierung zur sofortigen Freilassung Morels auffordernde Entschließung einstimmig angenommen.

Der Seekrieg.

Das August-Ergebnis des U-Boot-Krieges.

WTB. Berlin, 22. September. (Amtlich.) Im Monat August sind an Handelsschiffsraum insgesamt 808 000 Brutto-Reg.-Tonnen durch kriegerische Maßnahmen der Mittelmächte versenkt worden. Seit Beginn des uneingeschränkten U-Boot-Krieges sind damit 6 303 000 Br.-Reg.-To. des für unsere Feinde nutzbaren Handelsschiffsraumes vernichtet worden.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Das August-Ergebnis des U-Boot-Krieges bleibt hinter den Ergebnissen der vorangegangenen Monate, abgesehen von den beiden Rekordmonaten April und Juni, nicht zurück und zeigt, daß der U-Boot-Krieg im bisherigen Umfange weiterwirkt. Mit dem jetzt vorliegenden Ergebnis der im August versenkten Tonnage ist die seit Beginn des uneingeschränkten U-Boot-Krieges versenkte Gesamttonnage auf 6 303 000 Tonnen gestiegen.

In dem Wettkampf mit den Abwehrmitteln gegen den U-Boot-Krieg haben sich die U-Boote bei weitem als die stärkeren erwiesen und gezeigt, daß sie trotz der Erfahrungen, die auch unsere Feinde gesammelt haben, die Maschen des Netzes um die feindliche Küste, besonders die englische Küste, immer enger gezogen haben; denn da die verfügbare Tonnage, die für die Versenkung in Frage kommt, erheblich gesunken, die versenkte Tonnage aber dieselbe geblieben ist, so ist notwendigerweise die Ausbeute gestiegen, sind also weniger Schiffe untorpediert entkommen, als früher. Selbst diejenigen Abwehrmaßnahmen, von denen sich die Gegner bisher noch am meisten Erfolg versprachen, wie das Fahren in Geleitzügen, sind durch die Tüchtigkeit unserer U-Bootskommandanten mehr als ausgeglichen worden. Immer häufiger konnten die ständig veröffentlichten Tagesmeldungen berichten, daß unsere U-Boote gerade aus stark gesicherten Geleitzügen ihre Beute mit großer Sicherheit herausholten und zwar nicht nur ein Schiff, sondern vielfach mehrere Schiffe.

Aus Lübeck und den Nachbargebieten.

Montag, 24. September.

Herbstlied.

Herz, nun so alt und noch immer nicht klug,
hoffst du von Tagen zu Tagen,
was dir der blühende Frühling nicht trug,
werde der Herbst dir noch tragen!

Läßt doch der spielende Wind nicht vom Strauch,
immer zu schmeicheln, zu kosen.
Rosen entfaltet am Morgen sein Hauch,
abends verstreut er die Rosen.

Läßt doch der spielende Wind nicht vom Strauch,
bis er ihn völlig gelichtet.
Alles, o Herz, ist ein Wind und ein Hauch,
was wir geliebt und gedichtet.

Friedrich Rückert.

Herbstanfang. Nach dem astronomischen Kalender begann der Herbst als Jahreszeit in diesem Jahre am gestrigen Sonntag, dem 23. September, nachmittags 4 Uhr, da die an diesem Zeitpunkte die Ekliptik des Wegs tretende Sonne wieder zum Aequator gelangt und zum zweiten Male im Jahre Tag und Nacht einander gleich macht. Der astronomische Herbst dauert bis zum 22. Dezember um 11 Uhr vormittags, wo die Sonne in das Zeichen des Steinbocks tritt und den kürzesten Tag des Jahres hervorbrint, da sie um Mittag den größten Abstand vom Scheitelpunkte hat. Im täglichen Leben werden wir uns freilich nie damit einverstanden erklären, das, was wir unter Herbst verstehen, mit dem astronomischen Herbst in Einklang zu bringen. Für die Nicht-Astronomen beginnt der Herbst schon früher als der astronomische Herbst und erreicht schon früher sein Ende. Das Weihnachtsfest fällt ja nach unserer allgemeinen Auffassung mitten in den Winter hinein, während es am Anfang des astronomischen Winters liegt. Spätsommer und Herbst gehen ganz unmerklich ineinander über. Die Begriffe Herbst und Ernte sind für uns untrennbar miteinander verknüpft, wenn auch der erste und keineswegs unwichtigste Teil der Ernte, die Getreideernte, schon in den Hochsommer fällt. In den deutschen Weinbaugebieten ist ja das Wort Herbst gleichbedeutend mit Weinernte man spricht dort von einem guten, mittleren oder schlechten Herbst im Sinne eines guten, mittleren oder schlechten Ertrages der Weinernte, und man wendet dort auch das Zeitwort herbsten in der Bedeutung von Weinlese an. Die Sprachforschung nimmt an, daß unser Wort Herbst auf denselben indogermanischen Ursprung zurückgeht wie die griechischen Worte Karpos (Frucht) und karpizein (ernten); jedenfalls steht die Anwendung des Wortes Herbst in unserer allgemeinen Sprache und nicht in der Sprache des astronomischen Kalenders damit durchaus im Einklange. Wenn die letzten Feldfrüchte eingebracht sind, wenn Schnee und Eis die Fluren bedecken, dann ist für uns die Herbstzeit zu Ende, und der Winter hat dann nach allgemeiner Auffassung seine Herrschaft angetreten, auch wenn uns der Kalender das Gegenteil versichert. . . . Die dichterische Verherrlichung, die der Herbst gefunden hat, steht zumeist unter dem Zeichen wehmütiger Betrachtung. Die wunderbare Schönheit des Herbstes, der die Zeit leuchtenden Goldglanzes, der Reife und Fülle ist, kommt darüber oft zu kurz. Daher ist die Mahnung berechtigt, die Cäsar Flaischlen am Schlusse seines Herbstgedichtes an alle richtet, die über dem Welkwerden der Blätter etwa trüben Gedanken nachzuhängen beginnen:

„Aber es ist auch im Herbst noch schön,
Wir dürfen nur nicht traurig werden,
Wenn am Abend in den Gärten
Frühe schon die Nebel steh'n!
Wir dürfen nur nicht rückwärts seh'n!
Und ich glaube, es ist fast mehr:
Sich im Herbst noch freuen zu können,
Wenn die Lichter schon tiefer brennen . . .
Und weht auch über Stoppeln der Wind . . .
Wer weiß, ob nicht die letzten Rosen
Seliger noch als die ersten sind?"

Die Einführung der durchgehenden Arbeitszeit beschäftigte bekanntlich die letzte Versammlung des hiesigen Gewerkschaftskartells. Ein Beschluß wurde noch nicht gefaßt, sondern die Angelegenheit zunächst den einzelnen Gewerkschaften zur Beratung überwiesen. Es ist wohl nicht unangebracht, hier wiederzugeben, wie sich die Kriegsamtshauptstelle in Berlin kürzlich über diese Frage äußerte. Sie sagte:

„Als ein wichtiges Mittel zur Ersparnis von Kohlen und deren Erzeugnisse (Gas und Elektrizität) ist die möglichst weitgehende Anwendung der durchgehenden Arbeitszeit zu bezeichnen. Unterbrechung der Arbeitszeit bedeutet Vermehrung der täglichen Heiz- und Lichtstunden. Besteht hierfür keine zwingende Notwendigkeit, so werden Kohlen vergeudet. Jeder Betriebsleiter, jeder Kaufmann, Industrielle und Gewerbetreibende möge sich daher die Frage vorlegen, ob nicht auch für seinen Betrieb oder einzelne Teile die durchgehende Arbeitszeit ohne besondere Nachteile zu ermöglichen ist. Die Verkaufsgeschäfte mit Ausnahme der Lebensmittelläden, können zweckmäßig an vier Tagen der Woche mit Eintritt der Dunkelheit, d. h. gegen 5 Uhr, geschlossen werden; zwei Tage genügen für alle, die nur des Abends Zeit zu Einkäufen haben. Den Bedenken, daß an diesen zwei Tagen Verkehrsanhäufungen eintreten werden, wäre durch entsprechende Verteilung der einzelnen Wochentage auf die verschiedenen Geschäfte zu begegnen."

Soll erreicht werden, was die Kriegsamtstelle vorschlägt, und was im Interesse einer wirksamen Kohlenersparnis durchaus nötig ist, so wird man die Einführung der durchgehenden Arbeitszeit nicht lediglich von der Einsicht der Industriellen und des Unternehmertums erwarten dürfen. Vielmehr muß sie von der Regierung aus Gründen der Volkswirtschaft und der Volkswohlfahrt auf gesetzlichem Wege eingeführt werden.

Das stellvertretende Generalkommando hat unter dem 21. September 1917 auf Grund des § 4 der Bekanntmachung über die Sicherstellung von Kriegsbedarf in der Fassung vom 26. April 1917 eine Verordnung erlassen, nach der gebrauchte und ungebrauchte Segel, Zelte und Zeltplane beschlagnahmt sind. Die Verordnung tritt sofort in Kraft.

Einigungsamt bei dem Stadt- und Landamt. Der 1. Oktober steht vor der Tür und damit wieder ein Zeitpunkt, zu dem manchem Mieter von seinem Hauswirt die bisher innegehabte Wohnung gekündigt oder im Mietpreis gesteigert wird. Kündigung oder Erhöhung des Mietzinses ist auch jetzt nicht verboten. Ist jedoch der Mieter nicht damit einverstanden die Wohnung auf Grund der Kündigung zu räumen oder den erhöhten Mietzins zu zahlen, weil er die Kündigung oder Mietesteigerung für unberechtigt hält, so ist er berechtigt, die Entscheidung des Einigungsamtes über diese beiden Fragen anzurufen. Macht der Mieter von diesem Rechte Gebrauch, so schreibt die Bundesratsverordnung vom 26. Juli 1917 zum Schutze der Mieter allerdings vor, daß die Anrufung des Einigungsamtes unverzüglich, d. h. sofort zu erfolgen hat, nachdem dem Mieter von seinem Vermieter die Kündigung oder Mietssteigerung mitgeteilt ist. Die bisherigen Erfahrungen des Einigungsamtes haben gezeigt, daß die Mieter diese letzte Bestimmung nicht immer genügend beachtet haben, nachdem sie sich zunächst nach einer anderen passenden Wohnung umgesehen haben. In einem solchen Falle kann das Einigungsamt nicht mehr eingreifen, weil der Antrag dann nicht mehr unverzüglich nach Mitteilung der Kündigung oder Mietesteigerung gestellt ist. Ebenso ist bisweilen von den Mietern nicht beachtet worden, daß die Tätigkeit des Einigungsamtes auch dann ausgeschaltet ist, wenn Mieter und Vermieter sich bereits über Zahlung eines erhöhten Mietszinses geeinigt haben. — Um zu vermeiden, daß etwa Mietern durch Unkenntnis der gesetzlichen Bestimmungen Rechte verloren gehen, wird nochmals darauf hingewiesen, daß das Einigungsamt bei dem Stadt- und Landamt, Lübeck, Parade 1, während seiner Sprechstunden zwischen 10 und 12 Uhr vormittags gerne zur Auskunftserteilung über Zweifelsfragen bereit ist.

Wer Kriegsanleihe zeichnen möchte, sich aber über Einzelheiten betreffs Zeichnung, Aufbewahrung der Wertstücke und dergleichen Fragen nicht im klaren ist, hat hinreichend Gelegenheit, sich Rat und Hilfe an einer ihm passend erscheinenden Stelle zu holen. Zunächst erteilen selbstverständlich alle Banken, Sparkassen und sonstigen Zeichnungsstellen bereitswilligst Auskunft. Zieht aber jemand den Rat von anderer Seite vor, so wende er sich an die vom hiesigen Ortsausschuß (Stadt- und Landamt) berufenen Vertrauensleute, die ihm nicht nur jederzeit gern Rat und Unterstützung zuteil werden lassen, sondern auch aufklärendes Drucksache sowie Zeichnungsscheine aushändigen können. In jeder lübeckischen Landgemeinde ist eine solche Auskunftstelle vorhanden (Gemeindevorsteher, Bezirksschullehrer oder sonstiger Vertrauensmann); sie ist, falls nicht bekannt, beim Gemeindevorsteher oder beim Stadt- und Landamt zu erfragen. Für die städtische Bevölkerung hat der Ortsausschuß alle hiesigen Vereine (gesellige und kameradschaftliche Vereine, Innungen und gewerbliche Vereine) ersucht, eines ihrer Mitglieder als Vertrauensmann für Kriegsanleihefragen zu bestellen; diesem Ersuchen ist in weitgehendem Maße entsprochen worden. Endlich sei noch erwähnt, daß selbstverständlich auch die öffentliche Rechtsauskunftsstelle und das Arbeitersekretariat in solchen Fragen jedermann Auskunft erteilt.

Kartoffeln. Es wird hierdurch an die Eintragung in die Kundenlisten erinnert. Auch diejenigen Personen, welche ihre Kartoffeln aus dem Landgebiet zu erwerben beabsichtigen, sie aber erst im Laufe des Oktober oder November erhalten, müssen sich für die Zwischenzeit eintragen lassen, da die Abgabe der Kartoffeln durch die Händler nur auf Grund von Kartoffelkarten erfolgen darf, welche den Vermerk über die erfolgte Eintragung aufweisen. Wer diese Eintragung nicht rechtzeitig vornehmen läßt, setzt sich der Gefahr aus, keine Kartoffeln zu erhalten.

Zeichnungen auf die 7. Kriegsanleihe. Die Weingroßhandlung Carl Tesdorpf, Lübeck zeichnete auf die 7. Kriegsanleihe 500 000 Mk., H. Drefalt, Lübeck, 100 000 Mk., Stanz- u. Emaillierwerk vorm. Carl Thiel u. Söhne, Lübeck 500 000 Mk.

Hansatheater. Man schreibt uns: „Wo die Schwalben nisten . . ." ist der Titel eines neuen Volksstücks, welches am Dienstag im Hansatheater zum erstenmal über die Bretter geht. Verfasser des Stückes sind Leo Kastner und Hans Lorenz, welche auch den Text zu der hier oft gegebenen Operette „Unter der blühenden Linde" geschrieben. Das Stück hat bereits an den bedeutendsten Bühnen Deutschlands großen Erfolg gehabt. Der dürfte ihm auch hier beschieden sein. Ein besonderer Kunstgenuß erwartet am kommenden Donnerstag die Besucher des Hansatheaters. Der bekannte Tenorist Bernhard Bötel vom Deutschen Opernhaus in Berlin wird den Reigen der diesswinterlichen Konzerte im Hansatheater eröffnen. Bernhard Bötel ist der Sohn des Hamburger Tenoristen Heinrich Bötel; er gehört zu den ersten Kräften des Deutschen Opernhauses und erfreut sich als Konzertsänger eines ganz besonderen Rufes. Das Programm enthält Gesänge von Schubert, Schumann, L. Wolff, Mozart, Verdi, Meßenet u. a. Herr Kapellmeister Thierfelder, ebenfalls vom Deutschen Opernhaus, hat die Begleitung am Flügel übernommen.

pb. **Fahrraddiebstahl.** Am 22. ds. Mts. ist ein vor einem Hause in der Mühlenstraße hingestellt gewesenes Fahrrad mit den Polizeinummern 6001 gestohlen worden. Das Fahrrad war schwarz lackiert.

pb. **Diebische Zigeuner.** Festgenommen wurden zwei Zigeuner und eine Zigeunerin. Diese hatten sich vor einigen Tagen in einer hiesigen Waffenhandlung einen Revolver gekauft und als Bezahlung einen 50-Mark-Schein auf den Ladentisch gelegt. Durch geschickte Manipulation verstanden sie aber den Geldschein wieder an sich zu bringen und der Verkäuferin Glauben zu machen, daß sie den Geldschein schon vereinnahmt hatte. Hierdurch gelangten sie nicht allein an den Besitz des Revolvers, sondern erhielten auch noch einen Geldbetrag dazu. Während die Schwindler in einem hiesigen Gasthofe übernachteten, führten sie dortselbst mehrere Diebstähle aus. Nach ihrer Festnahme stellte es sich heraus, daß die beiden Männer auf falschen Papieren reisten und daß einer derselben sich dadurch der Militärpflicht entzogen hatte.

pb. **Treibriemendiebstahl.** In der Nacht zum 21. ds. Mts. ist aus der Schwellentränke der Lübeck-Büchener Eisenbahngesellschaft ein 9 Meter langer und 18 Zentimeter breiter Treibriemen

Der amtliche Kriegsbericht.

WTB. Großes Hauptquartier, 24. Sept. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

In Flandern erreichte der Artilleriekampf nachmittags an der Küste und vom Walde von Houthoulst bis Westhoek wieder große Stärke. An der Schlachtfront blieb die Kampftätigkeit auch nachts und am frühen Morgen gesteigert, ohne daß bisher neue englische Angriffe erfolgten. Gute Wirkung unserer artilleristischen Abwehr ließ sich am Verhalten der von uns beschossenen Batterien und der Vernichtung zahlreicher Munitionsstapel feststellen.

Bei Lens und St. Quentin, an dessen Kathedrale die Franzosen durch neue Beschießung ihr Zerstörungswerk fortsetzten, lebte die Feuertätigkeit auf.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz:

In mehreren Abschnitten der Aisnefront und in der Champagne schwoll mehrfach das Feuer zu großer Heftigkeit an. Bei Erkundungsgefechten hatte der Gegner Verluste.

Vor Verdun war der Feuerkampf nachmittags und während der Nacht sehr lebhaft. Auch heute morgen herrschte rege Gefechtstätigkeit auf dem Ostufer der Maas.

*

14 feindliche Flugzeuge sind abgeschossen worden. Leutnant Wisthoff errang den 20. Luftsieg, Leutnant Kissenherth brachte 2 Gegner im Luftkampf zum Absturz.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Heeresfront des Prinzen Leopold von Bayern.

Unter der am Brückenkopf von Jakobstadt eingebrachten Beute von 55 Geschützen befanden sich eine bespannte Batterie und 5 schwere Geschütze von 26 bis 28 Zentimeter Kaliber. In der Stadt selbst fielen reichliche Vorräte auch an Brot und Mehl in unsere Hand.

Nördlich von Baranowitschi und westlich von Luck entfaltete die russische Artillerie lebhafte Tätigkeit.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Mackensen.

In den Bergen nordwestlich von Focsani und am Sereth vielfach rege Feuertätigkeit und Vorfeldgefechte.

Der Bahnhof Galatz wurde mit beobachtetem Erfolg beschossen.

Mazedonische Front.

Die Lage ist unverändert.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Wer den Frieden will,

muß das Blatt unterstützen, das am entschiedensten und wirksamsten für den Frieden eintritt.

Wer den freiheitlichen Fortschritt will,

muß ein Blatt lesen, das unablässig für demokratische Reformen im Innern kämpft.

Wer soziale Wohlfahrt will,

muß die Zeitung halten, die die Interessen der Verbraucher, der Soldaten, der Arbeiter und Arbeiterinnen verficht. Wer nicht lau, schlafmützig und ein überflüssiger Zeitgenosse sei will, der

muß den „Lübecker Volksboten" lesen

und für seine weitere Verbreitung tätig sein. Darum ergeht an unsere Freunde noch einmal der Ruf:

Sorgt für neue „Volksboten"-Leser!

Es sei darauf aufmerksam gemacht, daß der Bezugspreis auch monatlich gezahlt werden kann.

und in der Nacht zum 23. ds. Mts. aus dem Maschinenhaus der Hubbrücke ein 8 Meter langer und 12 Zentimeter breiter Treibriemen gestohlen worden.

Hamburg. Ein Kind verbrannt. Das zwei Jahre alte Kind der Eheleute Göbel, Beethovenstraße 5, hatte sich Streichhölzer genommen und damit gespielt, wobei sich die Streichhölzer entzündeten und das Kleid des Kindes in Feuer setzten. Es erlitt so schwere Brandwunden, daß es seinen Verwundungen erlag. — Untergang eines Finkenwärder Hochseefischewers. Eine folgenschwere Schiffskatastrophe ereignete sich Freitag vormittag in der Elbmündung. Der Finkenwärder Hochseefischewer „Katharina Magdalena" (H. F. 131) ging bei dem gestern herrschenden schweren Sturm vor dem Vogelsand unter, wobei die gesamte Mannschaft ertrank. An Bord befanden sich der Schiffer Paul Heinrich Külper und die Matrosen Johannes Tresema und Jakob Johann Cohrs, sämtlich aus Finkenwärder. Bei den Rettungsversuchen ertrank vom Fischewer H. F. 131 der Matrose Gustav Gründer, geboren in Neuersdorf bei Dresden.

Theater und Musik.

Ein Konzert zum Besten der Schwesternspende fand am Sonnabend abend in der Marienkirche statt. Was geboten wurde, war ernste, gute Musik. J. S. Bach, Reger, Corelli-Kreisler, Mattheson, Fiocco, Nößler und Göhler steuerten Beiträge zu dem Programm bei, für dessen Wiedergabe Fräulein Käte Hörder-Berlin (Sopran), sowie die Herren Konzertmeister Bandler-Hamburg (Violine) und Prof. Lichtwark-Lübeck (Orgel) ihr bewundernswertes Können einsetzten. Ihre schöne, in schimmernder Reine erklingende Stimme beherrscht Frl. Hörder mit technischer Meisterschaft. Von den Gaben, die sie bot, war wohl die köstlichste das unsagbar süß und innig gesungene „Wiegenlied Mariä" von Reger. Herr Bandler ist ein Geiger, der einen warmen, beseelten Ton anzuschlagen vermag, und dessen vornehmer Vortrag bezwingend wirkt; das empfand man stark, um nur eines herauszugreifen, beim Allegro von Fiocco. Ihnen stand als feinsinniger Begleiter Herr Lichtwark zur Seite, der auch als Solist Hervorragendes leistete. So namentlich bei der Wiedergabe der zum Gedächtnis der im Kriege Gefallenen geschaffenen Trauer-Ode von Reger, deren düster-weihevolle Stimmung nicht besser geweckt werden konnte, als es durch ihn geschah. Der Besuch des Konzerts war groß; dementsprechend wird auch der für den wohltätigen Zweck bestimmte Ertrag sein. P. L.

wb. **Hansatheater.** Marcell Salzer, der kleine Professor, Deutschlands größter Vortragskünstler, hatte am Sonnabend ein sehr gut besuchtes Haus zu verzeichnen. Natürlich hat er in seinen Darbietungen auch dem Geiste der Zeit gewisse Opfer gebracht, was bei seinem Naturell nicht weiter zu verwundern ist. Aber in der Hauptsache kam es ihm doch darauf an, seine Zuhörer wieder einmal so recht herzlich und heiter lachen zu lassen. Das Schwergewicht des Abends lag nicht in den pathetischen oder tendenziösen Versen, sondern in den Gaben, die Salzers ureigenem Feld entwuchsen. Der echte Salzer war er in der Darstellung volkstümlicher deutscher Gestalten, in ihren Wunderlichkeiten, ihrer schnurrigen Einfalt, ihrer krummen oder geraden Dummheit und nicht zuletzt ihrer heimlichen Kraft. In allen diesen Menschlichkeiten ist Salzer zu Hause und seine eigene Menschlichkeit und sein Künstlertum ist so groß, daß er gerade die unscheinbarsten Dinge aufleben läßt und liebenswert macht. Am stärksten war das zu spüren in seinen Münchener, oberbayerischen, böhmischen und Berliner Geschichten. Da machte er die Herzen warm. Die Rede von Ludwig Thomas „Josef Filser" im bayerischen „Hohen Haus" über die „Gemäldemolereigaleriemolerei" vergißt man nicht so leicht wieder. Und der Zungenfertigkeit in der Schnurre „Wie 1866 die Preißen in Böhmen eingerückt sind" war unbedingt einzigartig. Salzer versteht es, als Erzähler die Herzen warm zu machen und nicht nur das Zwerchfell zu kitzeln. Ohne alle Tendenz kann er eine herzliche, verständnisvolle Liebe zu unserem Volkstum erwecken, und das ist besser und fruchtbarer, als Haß zu predigen. So bereitete er denn im Hansa-Theater, dessen Existenz allerdings einem hiesigen bürgerlichen Blatt, das die sorglose Ruhe des Stadttheaters nicht durch eine Konkurrenz gestört sehen möchte, ein Dorn im Auge ist, dem größten Teil der Zuhörer einige genußreiche Stunden.

Der deutsche Holzarbeiter-Verband nach drei Kriegsjahren.

Von H. Kayser, Berlin.

Der deutsche Holzarbeiter-Verband hatte am Schluß des zweiten Quartals 1914, also kurz vor Ausbruch des Krieges, 192 465 Mitglieder, darunter 7569 weibliche. Er verfügte über einen Kassenbestand von 7 421 308 Mark, davon 5 286 336 Mark in der Hauptkasse. Um die Mitte des Jahres 1914 hatte es den Anschein, als sollte sich die Lage des Gewerbes, das lange unter einer schweren Wirtschaftskrise gelitten hatte, bessern, doch der Krieg vernichtete natürlich alle aufkeimenden Hoffnungen. Wie schwer die Holzarbeiter vor dem Kriege unter der Wirtschaftskrise gelitten hatten, läßt sich an den Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung ermessen. Im Jahre 1912 hatte der Verband hierfür 1 389 487 Mark ausgegeben, im Jahre 1913 war dieser Posten auf 2 250 806 Mark gestiegen. Das erste Quartal 1914 erforderte noch eine Ausgabe von 729 634 Mark für Arbeitslosenunterstützung; der Rückgang auf 343 124 Mark im zweiten Quartal berechtigte zu den besten Hoffnungen, die jedoch sehr gründlich zerstört werden sollten. Zwei Wochen nach Ausbruch des Krieges waren etwa 32 000 Mitglieder zum Heeresdienst einberufen, von den Zurückgebliebenen waren etwa 43 Proz. arbeitslos und von den übrigen arbeiteten viele mit verkürzter Arbeitszeit und entsprechend verkürztem Lohn. Die Arbeitslosigkeit ist in der Folge von Woche zu Woche zurückgegangen, sie hat sich aber noch bis Mitte des Jahres 1915 auf ungewöhnlicher Höhe gehalten. Die Holzindustrie hatte zu ihrer Erholung und zur Anpassung an die Kriegswirtschaft länger gebraucht als andere Gewerbe. Das hängt damit zusammen, daß sie in der ersten Zeit des Krieges (abgesehen von einigen verhältnismäßig unbedeutenden Zweigen des Gewerbes, wie der Korbmacherei, die fortgesetzt mit der Lieferung von Geschoßkörben gut beschäftigt war) für Heereslieferungen nur wenig in Betracht kam. Soweit solche vorhanden waren, erhielt sie das Gewerbe meist erst aus zweiter Hand, nachdem gewisse Agenten den Rahm abgeschöpft hatten.

Gleich bei Ausbruch des Krieges waren die Einrichtungen des Verbandes ganz in den Dienst der Unterstützung der wirtschaftlichen Opfer des Krieges gestellt worden. Der Verband zahlte in der Hauptsache nur noch Arbeitslosenunterstützung, aber in niedrigeren Sätzen, als sie das Statut vorsieht. Diese Unterstützung wurde zunächst in unbeschränkter Dauer gezahlt. Erst vom Januar 1915 ab galten die seither ununterbrochen unterstützten Mitglieder als ausgesteuert. Die bei Kriegsbeginn beschlossene Unterstützung der Frauen der Eingezogenen mit 3 Mark wöchentlich ließ sich nicht durchhalten. Sie mußte am 1. November 1914 wieder aufgehoben werden. Dagegen erhielten die Frauen bisher alljährlich eine Weihnachtsgabe von 6 Mk. und der gleiche Betrag wird als einmalige Unterstützung bei der Einberufung des Gatten bezahlt. Die Unterstützungsvorschriften des Statuts konnten Anfang Juli 1915 wieder in Kraft gesetzt werden.

Von Beginn des Krieges ab hat der Vorstand des deutschen Holzarbeiter-Verbandes mit der Leitung des Arbeitgeber-Schutzverbandes für das deutsche Holzgewerbe zusammengearbeitet, um die Kriegsschäden für das Gewerbe und für die Arbeiter zu mildern. Die gemeinsamen Bemühungen zur Beschaffung von Aufträgen waren in vielen Fällen von Erfolg gekrönt. Die allgemeine Lage des Gewerbes gestattete erst im Herbst 1916 einen energischen Vorstoß zur Erhöhung der Löhne, der im Sommer 1917 wiederholt wurde. Der Erfolg der Vereinbarungen, die am 10. November 1916 im Reichsamt des Innern und am 8. August 1917 im Kriegsamt abgeschlossen wurden, waren neben einer Teuerungszulage im Gesamtbetrage von 35 Pfg. für die Stunde, eine bessere Regelung der vertraglichen Mindestlöhne. Diese betragen von 15. September 1917 ab für die männlichen Arbeiter in den verschiedenen Ortsklassen 80 bis 110 Pfg., für die Arbeiterinnen 4[illegible] bis 60 Pfg. Unabhängig davon hat der Holzarbeiterverband durch tarifliche Abkommen unter Mitwirkung der Behörden die Lohnverhältnisse der Geschoßkorbarbeiter und der Sägewerksarbeiter in Bayern und in Württemberg geregelt, ganz abgesehen von einer Menge sonstigen erfolgreichen Bemühungen, die Lage der Arbeiter zu bessern.

Der Mitgliederrückgang, unter welchem der Verband infolge der fortlaufenden Einberufungen litt, ist im Jahre 1916 zum Stillstand gekommen. Ende 1916 war der Tiefstand mit 68 249, darunter 8172 weibliche Mitglieder, erreicht, nach der letzten vorliegenden Abrechnung für das erste Quartal 1917 waren 72 828 Mitglieder, darunter 9906 weibliche, vorhanden. Als zum Heeresdienst eingezogen waren 105 602 Mitglieder gemeldet. Für Ende Juli 1917 kann die Mitgliedschaft wieder auf etwa 79 000 geschätzt werden. In den ersten drei Kriegsjahren hat der Verband, wenn man die Posten für das zweite Quartal 1917 schätzungsweise einstellt, an Arbeitslosenunterstützung 3 600 000 Mark, an Familienunterstützung 1 745 000 Mark ausgegeben. Hiervon entfallen 2 740 868 Mark Arbeitslosenunterstützung und 875 643 Mark Familienunterstützung auf das zweite Halbjahr 1914. Das Gesamtvermögen des Verbandes betrug am Schluß des ersten Quartals 1917 6 995 149 Mark. Es ist inzwischen weiter gestiegen und dürfte von dem Stand bei Ausbruch des Krieges nicht mehr sehr weit entfernt sein. Alles in allem genommen kann man sagen, der **deutsche Holzarbeiter-Verband hat den schweren Stürmen des Krieges standgehalten und seine gegenwärtige Aufwärtsentwicklung berechtigt zu den besten Hoffnungen.**

Neueste Nachrichten.

Berlin, 23. September. (Amtlich.) Neue U-Boots-Erfolge. Rund 53 000 Brutto-Register-Tonnen.

Westlich von Gibraltar versenkte eines unserer U-Boote in einer Nacht die tiefbeladenen englischen Dampfer „Clan Ferguson" (4868 Brutto-Reg.-To.), „Brod Mead" (5646 Brutto-Reg.-To.) und „Hune Bridge" (3424 Brutto-Reg.-To.).

Im Mittelmeer wurden zahlreiche feindliche Transporte nach Südfrankreich und Norditalien vernichtet, darunter der bewaffnete amerikanische Dampfer „Wilmore" mit 7000 Tonnen Kohlen, 1000 Tonnen Oel und 12 Lokomotiven, der neue bewaffnete englische Dampfer „Chulmsigh" (4911 Brutto-Reg.-To.) und der bewaffnete italienische Dampfer „Ausonia" (1438 Brutto-Register-Tonnen) — die beiden letzteren mit insgesamt 8500 Tonnen Kohlen —; der bewaffnete französische Dampfer „Amiral Kerfeint" (5570 Brutto-Register-Tonnen) versuchte erfolglos, sich mit seiner wertvollen Ladung durch hartnäckiger Gegenwehr der Versenkung zu entziehen. Der Dampfer wurde im Feuergefecht, in dem seine Besatzung schwere Mannschaftsverluste erlitt, niedergekämpft. Der Kapitän wurde gefangen genommen.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Verantwortlich für die Rubrik „Aus Lübeck und den Nachbargebieten" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Ein Gramm Gold
kommt zum anderen! Auch kleine Teile nimmt die Goldankaufstelle zum vollen Werte an.

Plötzlich und unerwartet erhielt ich die tieferschütternde Nachricht, daß mein lieber jüngster Sohn, Bruder, Schwager und Onkel, der Gefreite der Reserve (2804
Friedrich Schreiber
Inhaber des Eisern. Kreuzes 2. Klasse und des Lübecker Hanseaten-Kreuzes, im 26. Lebensjahre nach 3 Jahre langen harten Kämpfen am 16. September dem schrecklichen Kriege zum Opfer gefallen ist.
In tiefer Trauer die tiefbetrübte Mutter
Frau Maria Schreiber Ww.
Hermann Schreiber, zurzeit russische Gefangenschaft,
und Frau nebst Sohn.
Erna Schaeper.
Moisling, 19. Sept. 1917.
Ruhe sanft, geliebter Sohn und Bruder!
Trennung, o wie schwer bist du

Freitag abend 9 Uhr entschlief nach langem schwerem Leiden mein inniggeliebter Mann, meiner drei kleinen Kinder liebevoller Vater, unser lieber Bruder und Schwager (2786
Rudolf Kelz
im 33. Lebensjahre. In tiefer Trauer seine unglückliche Gattin
Berta Kelz gb. Schümann und Kinder.
Die Trauerfeier findet am Mittwoch 2½ Uhr in der Kapelle des Vorwerker Friedhofes statt. 2795

Nachruf.
Am Freitag, dem 21. September, starb nach langem Leiden unser lieber Kollege
Rudolf Kelz.
Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.
Die Arbeiterschaft des Drägerwerks.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands
Zahlstelle Lübeck.
Am Freitag, dem 21. September, starb unser Mitglied, der Kollege
Rud. Kelz.
Ehre seinem Andenken.
Die Beerdigung findet am Mittwoch, dem 26. September, nachmittags 2½ Uhr, auf dem Vorwerker Friedhof statt.
Die Mitglieder versammeln sich zur Teilnahme an derselben nachmittags 2 Uhr beim „Weißen Hirsch".
2802) **Die Ortsverwaltung.**

Dem Weltkriege zum Opfer fielen unsere Kollegen
Hans Westphal
aus Dummersdorf und
Friedr. Parbst
aus Lübeck.
Wir werden ihnen ein ehrendes Andenken bewahren.
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Zahlstelle Lübeck.
Als weiteres Opfer des Weltkrieges fiel unser Mitglied, der Tischler
Wilhelm Käselau.
Wir werden demselben ein ehrendes Andenken bewahren.
2794) **Die Lokalverwaltung.**

Für die uns aus Anlaß unserer Hochzeit erwiesenen vielen Gratulationen und Geschenke sagen hiermit herzlichen Dank
H. Freese u. Frau
geb. Schult.
Stockelsdorf. (2801

Geschäfts-Uebernahme.
Dem geehrten Publikum von Lübeck und Umgegend die ergebene Mitteilung, daß ich mit dem heutigen Tage Gasthof und Restaurant
„Im goldenen Apfel"
Schmiedestraße 1
übernommen habe. Es wird mein Bestreben sein, für gute, reelle und saubere Bedienung Sorge zu tragen. Indem ich bitte, mein junges Unternehmen gütigst unterstützen zu wollen, zeichne Hochachtungsvoll
Heinrich Böttcher
Gasthof „Im goldenen Apfel"
Schmiedestraße 1.
Gleichzeitig halte ich den geehrten Vereinen, Klubs und Gesellschaften meine Räumlichkeiten bestens empfohlen.
2800) D. O.

Wir suchen zum 1. Oktober
1 resp. 2 Zeitungsausträgerinnen
für den Bezirk Krempelsdorf-Fackenburg-Stockelsdorf
Expedition des Lübecker Volksboten.

Danksagung.
Für die vielen herzlichen Beweise der Teilnahme und Kranzspenden beim Heimgange meines lieben Mannes, besonders dem Sozialdemokratischen und dem Chorverein, dem Wirte- und dem Kegelverein meinen herzlichen Dank. (2792
Paula Kluth u. Kinder.

Gesucht für sofort eine
Kontoristin.
Konsumverein f. Lübeck und Umgegend
Sandstr. 160. (2799

Älterer Mann sucht Logis, bis 3 Mk. wöchentlich. Angeb. unt. B U an die Exped. (2787
Zu kaufen gesucht (2788
Hausschlüssel, Knochen, Glas, Papier, Zeitungen, zu höchsten Tagespreis.
Karl Weinrich, Wakenitzstr. 25.
Telephon 2120.

Ein zweiflamm. Gaskocher
billig zu verkaufen.
2798) An der Mauer 140/5.

Wertvoller Geschenkartikel!
Vergrößerungen
nach jedem Bilde. (2808
Atelier **P. Warnke,**
Porträtmaler, Gr. Bauhof 11.

Uhren-Separateure.
Billige Preise. (2789
Gr. Auswahl in Wand-, Tisch-, Werk- und Taschenuhren.
Hermann Voß,
Uhrmacher, Hüxstr. 71.

Die im Schatten leben.
Drama von Emil Rosenow.
Preis 1.— Mk.
Buchhandl. Fr. Meyer & Co.
Johannisstr. 46.

Drucksachen aller Art
fertigt an
Buchdruckerei Friedr. Meyer & Co.

Deutsch. Holzarbeiterverbd.
Zahlstelle Lübeck.
Mitglieder-Versammlung
am Dienstag, dem 25. September
abends 8¼ Uhr
im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag über Ernährungsfragen und Kohlenversorgung. Referent: Genosse Stelling.
2. Kartellbericht.
3. Innere Verbandsangelegenheit.
Zahlreicher Besuch erwünscht.
2793 **Die Lokalverwaltung.**

Hansa-Theater.
Heute abend 7 Uhr
Die tolle Komteß

Hansa-Theater.
Mittwoch, den 26. September abends 7 Uhr:
Die tolle Komteß.
Vorverkauf **Holstenhaus** u. **Theaterkasse.** (2796

Hansa-Theater.
Donnerstag, den 27. Sept., abends 7½ Uhr:
Einmaliger Lieder- und Arien-Abend
Bernhard Bötel
vom Deutschen Opernhaus, Berlin.
Kompositionen von Schubert, Schumann, Wolff, Mozart, Verdi, Messenet u. a. m. (2797
Am Flügel: Kapellmeister Hans Thierfelder.
Vorverkauf: Musikalienhandlung **Robert, Holstenhaus,** Zigarrenhaus **Hacha,** Ecke Schüsselbuden u. **Theaterkasse.**

Nr. 224
24. Jahrgang

Beilage zum Lübecker Volksboten

Montag, den 24. September 1917

Neue Dokumente zur Schuldfrage am Ausbruche des Krieges.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" vom Freitag veröffentlicht einen Bericht des jetzigen Oberstleutnants v. Haeften über eine Unterredung, die dieser als damaliger Major in der Nacht zum 31. Juli 1914 mit dem verstorbenen Chef des Generalstabes, Generaloberst von Moltke, hatte. v. Haeften berichtet von einer Denkschrift Moltkes, die vom 28. Juli 1914 datiert ist und die zur Unterlage eines Vortrages beim Kaiser gedient hatte:

„Rußland", so heißt es wörtlich in der Denkschrift, „trifft alle Vorbereitungen, um die Armeekorps der Militärbezirke Kiew, Odessa und Moskau, in Summa 12 Armeekorps, in kürzester Zeit mobilisieren zu können, und verfügt ähnliche vorbereitende Maßnahmen auch im Norden der deutschen Grenze und an der Ostsee. Falls jetzt Deutschland mobil macht, so wird Rußland sagen, „ich werde von Deutschland angegriffen" und damit wird es sich die Unterstützung Frankreichs sichern. Das so oft als reines Defensivbündnis gepriesene russisch-französische Abkommen, das nur geschaffen sein kann, um Angriffsplänen Deutschlands begegnen zu können, ist damit wirksam geworden und die gegenseitige Zerfleischung der europäischen Kulturstaaten wird beginnen. Man kann nicht leugnen, daß die Sache von seiten Rußlands geschickt inszeniert ist. Unter fortwährenden Versicherungen, daß es noch nicht mobil mache, macht es sich soweit kriegsbereit, daß, wenn es die Mobilmachung wirklich ausspricht, es zum sofortigen Vormarsch fertig sein kann. Falls Deutschland vor der amtlichen Verkündung der russischen Mobilmachung seinerseits mobil macht, wird Rußland der Welt gegenüber sagen, „ich habe den Krieg nicht gewollt, aber Deutschland hat ihn herbeigeführt". So werden und müssen die Dinge sich entwickeln, wenn nicht, fast möchte man sagen, ein Wunder geschieht, um noch in letzter Stunde einen Krieg zu verhindern, der die Kultur fast des gesamten Europas auf Jahrzehnte hinaus vernichten wird. Deutschland will diesen schrecklichen Krieg nicht herbeiführen. Die deutsche Regierung weiß aber, daß es die tiefgewurzelten Gefühle der Bundestreue, einen der schönsten Züge deutschen Gemütslebens, in verhängnisvoller Weise verletzen und sich in Widerspruch mit allen Empfindungen ihres Volkes setzen würde, wenn sie ihrem Bundesgenossen in einem Augenblick nicht zu Hilfe kommen sollte, der über dessen Existenz entscheiden muß. Nach den vorliegenden Nachrichten scheint auch Frankreich vorbereitende Maßnahmen für eine Mobilmachung zu treffen. Es ist augenscheinlich, daß Rußland und Frankreich in ihren Maßnahmen Hand in Hand gehen. Deutschland wird also, wenn der Zusammenstoß unvermeidlich ist, den Kampf nach zwei Fronten aufnehmen müssen. . . . ."

„Inzwischen", so fügte der Generaloberst ergänzend hinzu, indem er mir den Schriftsatz aushändigte, „hat sich die Lage geklärt. Es liegen zwei zuverlässige, voneinander unabhängige Meldungen vor, wonach in Rußland die Mobilmachung der gesamten bewaffneten Macht bereits angeordnet ist. Geschieht nicht ein Wunder, d. h. wird die russische Mobilisation nicht rückgängig gemacht, so erscheint der Krieg unvermeidlich. . . ." „Dieser Krieg," so fuhr von Moltke mit großem Ernste fort, „wird sich zu einem Weltkriege auswachsen, in den auch England eingreifen wird. Nur wenige können sich eine Vorstellung über den Umfang, die Dauer und das Ende dieses Krieges machen. Wie das alles enden soll, ahnt heute niemand."

„Morgen mittag," so schloß die Unterredung, „fällt die Entscheidung über Krieg oder Frieden. Der Reichskanzler, der Kriegsminister und ich haben gemeinsam Vortrag bei Seiner Majestät. Ehe ich jedoch Sr. Majestät die Mobilmachung anraten werde, will ich noch eine dritte Bestätigung der Meldung über die russische Mobilmachung abwarten. Ich erwarte sie morgen früh gleichzeitig mit der Mitteilung aus Wien, ob die österreichisch-ungarische Wehrmacht mobil gemacht wird oder nicht. Freilich besteht kaum mehr ein Schimmer von Hoffnung auf Erhaltung des Friedens."

Auch diese Ausführungen bestätigen ebenso wie die Aussagen Suchomlinows, daß am 31. Juli 1914 die verantwortlichen Stellen im Deutschen Reiche alles andere, nur nicht den Krieg haben wollten.

Die Frauen und die Politik.

Von Wally Zepler.

Die Frauenwahlrechtsbewegung schreitet in allen Kulturländern machtvoll vorwärts. Ohne viel Prophetengabe darf man heute voraussagen, daß in zwei Jahrzehnten die Mehrzahl der Frauen bei den fortgeschritteneren Nationen politische Gleichberechtigung besitzen, das weibliche Geschlecht also für die Geschicke der Völker unmittelbar mitbestimmend sein dürfte. Für jeden an der Entwicklung der Frauen wie an der der Menschheit Interessierten erhebt sich damit eine bedeutungsvolle Frage, von deren Beantwortung Wert oder Unwert des politischen Wirkens der Frauen in hohem Maße abhängt. Freilich: die Frau hat unter allen Umständen ein Anrecht darauf, daß ihre Stimme im Staat nicht ungehört verhallt. Sie hat es einfach kraft ihrer Menschenwürde im selben Augenblick, da sie es fordert. Denn niemals wird der Mann sich anmaßen dürfen, von der Frau die Erfüllung gesellschaftlicher Pflichten zu verlangen und ihr dennoch allein das Gesetz ihres Lebens vorzuschreiben, sobald sie sich des Rechtes eigener Verantwortlichkeit bewußt wird. Dennoch bleibt jene Frage von höchstem Interesse. Sie lautet: Wird die Mitarbeit der Frau im politischen Leben schöpferisch sein, wird sie der Menschheit neue Zielrichtungen und neue Wege weisen?

Im Grunde stehen wir hier nur vor einer Teilfrage des oft erörterten Problems: Besitzt das weibliche Geschlecht überhaupt Schöpferkraft, liegt in dem Urkern seines Wesens nicht die bloße Rezeptivität beschlossen, die es geistig so lange zum Sklaven des Mannes gemacht hat?

Indes: Stellen wir die Frage hier einmal auf diesem einen beschränkten Gebiet, vielleicht wirft ihre Beantwortung auch auf das Gesamtproblem ein wenig Licht.

Erfahrungen über die parlamentarische Tätigkeit von Frauen bestehen erst in geringem Maße. Die Zeit, in der sie eine solche ausüben dürfen, ist noch sehr kurz, die Zahl der Parlamentarierinnen äußerst klein. Der Weltbund für Frauenstimmrecht hat sich indes bemüht, schon die vorläufigen Ergebnisse dieser Tätigkeit zu sammeln. In einer Umfrage unter Parlamentariern und Staatsmännern der Frauenstimmrechtsländer wurden recht interessante Urteile über das Wirken der weiblichen Parlamentsmitglieder abgegeben. Aus Neuseeland wird berichtet, auffällig sei „der kühle, vernünftige gesunde Menschenverstand, mit dem sich die Frauen . . . bemühen, ihre politischen Pflichten auszuüben. Sie tun es genau so wie es vernünftige Männer zu tun pflegen und haben hinsichtlich vieler Dinge die gleiche Auffassungsweise."

Eine Resolution des australischen Bundesparlaments hebt hervor, daß das Frauenstimmrecht zu einer erhöhten Berücksichtigung der Frauen und Kinder durch die Gesetzgebung geführt habe, die Frauen aber auch allen anderen Fragen, bis zu denen der Landesverteidigung, ihre Aufmerksamkeit gewidmet hätten. Das gibt für unser Problem schon gewisse Anhaltspunkte. Der Ausbruch des Weltkrieges aber bot zu seinem Studium eine ganz besondere Gelegenheit. Denn wo konnte es sich schärfer zeigen, ob Frauen und Männer politisch verschieden denken und fühlen als hier? Man pflegt von jeher zu behaupten, das Empfinden der Frauen sei vor allem durch ihre „Mütterlichkeit" bestimmt; Menschenliebe, Mitleid mit allem Lebendigen zeichne sie daher aus. Ist diese Behauptung richtig, was konnte dem Wesen des weiblichen Geschlechts dann leidenschaftlicher widerstreben als das millionenfache Morden dieses Krieges?

Tatsächlich setzten auch bereits in der ersten Kriegszeit gewisse pazifistische Strömungen unter den Frauen ein. Es fand ein internationaler Kongreß statt, der die Friedensbestrebungen durch ein internationales Zusammenwirken von Frauen fördern wollte. Die wenigen Parlamentarierinnen, die über Krieg oder Frieden mitzuentscheiden hatten, eine Amerikanerin und die australischen weiblichen Parlamentsmitglieder votierten ebenfalls im pazifistischen Sinne. Auch sonst hörte man oft genug sagen: die Frauen sollten sich zusammenschließen und unter allen kriegführenden Nationen für den Frieden agitieren, das allein sei ihres weiblichen Empfindens würdig. Die große Mehrheit der Frauen aber sah die Ereignisse durchaus nicht von diesem „mütterlichen" Standpunkt. Sie ging mit den Männern ihres Volkes oder besser ihres Lebenskreises mit, fühlte wie diese national oder auch chauvinistisch, zeigte sich wie sie von Machtstreben erfüllt oder trieb auch Antikriegspropaganda, aber auf einer ganz anderen Grundlage, der sozialistisch-internationaler Gesinnung. Das wäre also umgekehrt eine Bestätigung jener Erfahrungen aus den australischen und anderen Parlamenten.

Was trifft nun den eigentlichen Kern des weiblichen Wesens? Ist die Natur der Frauen im Innersten pazifistisch oder gleichen sie im Grunde im politischen Denken und Gefühl dem Manne?

Es ist schwer, eine sichere Antwort darauf zu finden. Möglich, daß in der Frau in der Tat kraft ihrer Mütterlichkeit die Mitleidsinstinkte besonders stark entwickelt sind. Andererseits zeigt nicht allein die Geschichte, sondern auch die einfachste Beobachtung des Lebens, daß auch in ihr Macht- und Besitzhunger wohnen und auch sie fähig ist, sich bis zu wildem Hassen, ja bis zur Vernichtung des Gegners für ihre Ziele einzusetzen. Warum also sollte sie die Machtkämpfe der Klassen und Völker, um die gegenwärtig noch alles politische Ringen sich dreht, nicht mit der gleichen Leidenschaft erfassen und durchfechten können wie der Mann?

Wie dieser Krieg nur leider allzu deutlich zeigt, sind wir von der Erkenntnis friedlicher Ausgleichsmöglichkeiten der menschlichen Interessen noch weit entfernt; innen- wie außenpolitisch ist ein rein friedliches Miteinanderschaffen aller Gesellschafts- und Menschheitsglieder vorläufig bloße Zukunftshoffnung; welcher wirklich politische Weg also bleibt gegenwärtig für die Frau außer dem männlichen?

Sie glaubte zuweilen höher zu stehen als der kühl rechnende Mann, wenn sie sich widerstandslos reinen Gefühlswallungen überließ. So wird berichtet, daß das amerikanische Kongreßmitglied Miß Rankin bei der Kriegsabstimmung unter Tränen ausrief: „Ich will meinem Vaterlande dienen, aber ich kann nicht für den Krieg stimmen", und gleich empfindende Frauen wollten darin ein Zeichen weiblicher Ueberlegenheit sehen. Das dürfte ein sehr irriges Urteil sein. Miß Rankins Tränen sprächen nur dafür, daß sie die ihr gestellte politische Aufgabe durchaus noch nicht begriffen hat.

Eine Demonstration für den Frieden konnte politisch wirksam nicht durch weibliche Erregung sein, sondern nur durch klare Abwägung der Gründe für und Wider, zu denen der Abscheu vor dem Krieg sicher auch für jeden empfindenden männlichen Politiker zählt. Die harten Tatsachen lassen sich einmal nicht durch noch so edle Gefühle aus dem Felde schlagen. Wer sie bekämpfen will, muß von ihnen ausgehen, er muß andere Tatsachen schaffen, und das in der Politik nur in sehr realer politischer Arbeit zu erreichen. Auch die Frau kann bei ihrem Eintritt ins politische Leben nicht weite Stadien geschichtlicher Entwicklung einfach mit einem kühnen Satz überspringen, sie kann nicht die Welt von einem Punkte außerhalb dieser Welt regieren. Sie muß mit festen Füßen auf der Erde stehen, muß die Kräfte begreifen, von denen die Menschen umhergetrieben werden. Auch wo sie neuen Zielen nachstreben will, muß sie sich also die Resultate und Methoden der bisherigen männlichen Arbeit zuvörderst vollkommen zu eigen machen.

Heißt das nun unsere ursprüngliche Frage verneinen, die Möglichkeit einer spezifisch weiblichen politischen Stellungnahme für alle Zukunft negieren?

Durchaus nicht. Werden, wie heute anzunehmen ist, die Frauen bald in allen Gebieten menschlichen Wissens und Denkens mitarbeiten, werden sie sich aktiv am politischen Leben beteiligen, eine größere Zahl von Sitzen in allen Gesetzgebungs- und Verwaltungskörperschaften einnehmen, werden sie also die geistigen Durchschnittshöhen des männlichen Geschlechts erklommen haben, dann erst wird die Grundlage gegeben sein, etwa vorhandene spezifisch weibliche Schöpferkraft zu entfalten. Dann ist es sehr wohl möglich, daß die sicherlich existierenden Eigentümlichkeiten der Frauennatur sich auch im politischen Leben besonderen Ausdruck schaffen, daß es den Frauen gelingt, neue Wege zu entdecken, die neben den männlichen oder zuweilen vielleicht auch gegen sie die Menschheit weiterführen. Dann werden sie, wie wir hoffen mögen, nicht nur im äußern Kampf

---

Treue siegt.

Eine Geschichte von der See.

Von Edmund Hoefer.

33. Fortsetzung.

Detlefs Flucht hatte entschieden einen bösen Strich durch die Rechnung des Pfarrers gemacht. Er hatte, wie man wohl glauben durfte, gehofft, daß eine schwere, vielleicht vieljährige Strafe den Gehaßten entfernen, und daß der endlich entlassene „Stäfling", nach der beliebten unbarmherzigen Weise des Publikums um alle Achtung, alles Vertrauen gebracht und völlig unschädlich sein würde. Statt dessen mußte er erfahren, daß schon die „Tat" nicht recht den gewünschten Eindruck machte und die „Flucht" eine dadurch noch gesteigerte Teilnahme erweckte. Obendrein war Detlefs Rückkehr durchaus nicht ausgeschlossen und in diesem Falle mußte Siemann, wie er nun einmal des Stiefsohns Charakter zu kennen glaubte und wie es ihm obendrein auch sein eigenes Gewissen vorhalten mochte, auf einen ernsten Angriff von seiten des Mißhandelten gefaßt sein. Die Gefahr nahm mit den Jahren nicht ab. Im Gegenteil erwuchs ihm ein Gegner im eigenen Hause: in der Pfarrerin regte sich allmählich nicht nur die Mutterliebe wieder, sondern auch das Gefühl ihres Unrechts, und es war gar nicht abzusehen, was hieraus entstehen könnte, wenn Detlef bei seiner endlichen Rückkehr sich diesen Vorteil mit mehr Klugheit als früher zu Nutzen machte.

Daß Siemann auf alles gefaßt war und durch die Verzögerung der Rückkehr nicht in Sicherheit gewiegt wurde, ließ sich aus der Tatsache schließen, daß die Anzeige, welche Detlefs Entdeckung und Verhaftung zur Folge hatte, nachweisbar durch ihn vermittelt wurde. Und wie groß sein Haß oder seine Furcht, bewies die andere, daß er für die Einbringung des von neuem Entflohenen, wie wir erfuhren, unter der Hand ein Fanggeld aussetzte. Wer vermag zu sagen, ob nicht endlich sogar die Brandstiftung hiermit in Verbindung stand? Daß dieselbe schon länger beabsichtigt war, erschien bekanntlich glaublich; daß sie bisher verschoben worden, mochte mancherlei Gründe haben. Aber es war immerhin bemerkenswert, daß das anscheinend kaum nötige, ungewöhnlich vorsichtige Ausräumen des Hauses angeordnet wurde, nachdem Siemann am Morgen durch den Gendarmen die Privatanzeige von Detlefs Ausbruch erhalten hatte, und daß das Haus in Brand geriet, als er von Caspar Peers eben erfahren, Detlef habe sich nach dem Liebenkamp gewandt, sei also in der Nähe. Fand der auf den letzteren gelenkte Verdacht einigen Glauben und wurde nicht gründlich widerlegt, so — schlug der Magister, um einen Volksausdruck zu gebrauchen, begreiflicherweise zwei Fliegen mit einer Klappe.

Hierüber erhielt man ebenso wenig Gewißheit, wie in den meisten anderen Punkten, und die Untersuchung blieb in gewissem Sinne eine resultatlose. Was ihm zu beweisen war, machte ihn vor Gott und Menschen verdammen, — das Gesetz hatte dafür entweder gar keine oder eine kaum genügende Strafe. Er hätte daher in der Hauptsache freigesprochen werden müssen. Da man dies jedoch trotz alledem nicht verantworten zu können meinte, so half man sich mit der „Entbindung von der Instanz" und behielt ihn in Haft, bis ihn, gleich anderen Seinesgleichen, das Jahr 1848 frei machte.

Das furchtbare Unrecht, das trotz aller möglichen Verschuldung in solchem Verfahren lag, konnte, wie es schien, den mangelhaften Gesetzen und Institutionen gegenüber, auch vom gewissenhaftesten Richter damals nicht immer vermieden werden.

X.

An der See.

Es ist inzwischen Herbst geworden, zwar nicht dem Kalender nach, denn in diesem werden bekanntlich zwei Drittel des September noch zum Sommer gerechnet, aber wie sich das Volk die Jahreszeiten einteilt. Das hat andere Marken und Grenzen und dieselben bestehen, wie wir denken, ebenso gut zu recht. Es rechnet den Anfang des Frühlings und Herbstes sich zum Beispiel nach der Ankunft und dem Abschied der Wandervögel aus, und da, in diesen Gegenden wenigstens, der Storch der vertrauteste und geliebteste, insbesondere aber prompteste Vogel ist, so hält man sich vor allem an ihn: Mariä Verkündigung — hier heißt man den Tag Pflug-Marien — sieht ihn sicherlich eintreffen, trotz Schnee und Eis, trotz Regen und Sturm, und St. Bartholomäus — das ist bekanntlich der 24. August — sieht ihn ebenso unweigerlich und trotz des schönsten Sommerwetters, sich mit Seinesgleichen zur Reise zusammenscharen. In den nächsten Tagen ist er verschwunden, und der Sommer ist mit ihm davon.

Der September ist freilich hier, wie überall in Deutschland immer der schönste und, auch in den Küstenstrichen sicherste Monat des Jahres. Der Himmel ist fast immer blau, die Luft ist wunderbar rein, die Sonne glänzt und wärmt Tag für Tag, und wenn der Wind weht, so ist es kein scharfer und wilder. Aber Sommer ist's doch nicht mehr. Die Sonne hat nicht mehr die volle Kraft, sie scheucht uns nicht mehr in den Schatten; am Abend wie am Morgen liegt alles in zartem Duft, ja zuweilen breitet sich schon der Nebel aus; das Feld glitzert von den Sommerfäden, und von den Zweigen der Bäume und Gesträuche wehen sie, oder ziehen leise durch die kaum bewegte Luft; auf den abgeernteten Feldern beginnen die Pflüger von neuem ihre Arbeit, in den Dorfgärten blühen die Astern aus, und auf den Wiesen zeigt sich die Zeitlose, und das Kraut wird welk und das Laub färbt sich bunt und bunter.

Schön ist es draußen freilich, voll wunderbarer Reinheit und Klarheit, voll wonnevoller Milde, voll zauberhaften Friedens, aber es zieht sich durch alles etwas wie eine leise, leise Schwermuth — es ist die letzte Stunde vor dem Abschied.

Es ist wiederum das gleiche Bild vor uns wie damals, als wir uns zuerst in dieser Gegend umschauten, und wir können es schier noch besser überblicken, da die Felder, wie gesagt, jetzt abgeerntet sind und jeder Bodenreinfalt deutlich hervortritt. Die Dörfer links und rechts — von Kaltz schimmern bereits ein paar rote Ziegeldächer herüber — der Meerbusen mit seinen weitausgeschweiften Umgebungen, dort das Herrenhaus von Lesthin, hier die Häuser von Horn und die, jetzt schon viel zahlreicheren Mastspitzen der im Hafen ankernden Schiffe; ein wenig entfernter auf der Rede auch heute wieder ein gewaltiges Fahrzeug mit einstweilen noch beschlagenen Segeln, und endlich die See selber, wie „Milch", mit ihren seltsam wechselnden weißen und blauen Streifen, immer blauer aber und blauer in die Ferne hinein, bis sie mit dem Horizont verschmilzt. Daß der „alte Damm" in seiner vollen „Fluchwürdigkeit" und die Sturmweide in ihrer kolossalen Größe gleichfalls da sind, brauchen wir kaum zu erwähnen. An denen zausen ja hundert Jahre nur äußerlich ein wenig herum, und so ein paar Sommermonate gleiten spurlos vorüber.

Am Waldrand, ein wenig seitwärts von dem großen Abzugsgraben und wenig mehr als hundert Schritt von der Stelle, von der aus am Gewittermorgen der Oberförster und Caspar Peers nach dem Flüchtling ausschauten und die Annäherung des Boots beobachteten, saß auf dem Grabenrande auch heut wieder ein Paar und schaute in die Gegend hinaus, die an diesem Morgen freilich nicht jenen unheimlichen Anblick wie damals darbot. Alles lag in seiner richtigen Entfernung, nur daß es, wegen der Durchsichtigkeit der Luft und zumal für solche Augen, wie die hier hinausblickenden, bis in die fernste Weite dennoch erkennbar blieb. Wenn man daher nicht ausdrücklich die Schönheit und die Reize des Bildes studieren, sondern einen einzelnen Gegenstand beobachten wollte, so genügten auch einzelne, gelegentliche Blicke vollkommen, um jede etwaige Veränderung sogleich wahrzunehmen. Und das war sehr gut, denn allzu viel Zeit und Aufmerksamkeit hatten die Augen der beiden Menschen nicht für ihre Umgebung übrig. Sie schauten immer von neuem wieder in einander, tief und lange. Und die beiden Menschen waren Detlef und Christine.

Die günstige Veränderung, welche wir an dem viel verfolgten Manne bereits in jener Stunde wahrnahmen, da er sich auf Jägersruh dem Oberförster vorstellte und bald darauf die Grobheit des Herrn Lüders bändigte, hatte in der vergangenen Zeit außerordentliche Fortschritte gemacht. Jetzt sah Detlef nicht nur wie ein anständiger Mensch darein, sondern entschieden wie ein Mann der gebildeten Klassen, und zugleich wie jemand, der im Leben seinen guten und berechtigten Platz hat, und ihn zu behaupten gewillt ist und mit Ruhe und Vertrauen der Zukunft entgegenschaut. Die Hagerkeit und Schärfe hatte sich fast ganz aus seinen Zügen verloren, und wenn die Stirne auch zum wenigsten die Spuren der tiefen Falten zeigte und aus den dunkeln Augen noch immer ein ungewöhnlich fester und entschlossener Blick hervorbrach, so machte dies dennoch keinen finsteren und trotzigen Eindruck mehr. So hatte die freundliche und menschliche Behandlung gewirkt, so die Erkenntnis, daß die steten Gefahren, der stete Kampf zu Ende, und endlich und vor allem die andere, daß Vorurteil und Parteinahme einer wohlwollenderen und gerechten Anschauung und Beurteilung Platz gemacht hatten.

(Fortsetzung folgt.)

der Völker, sondern auch in dem der Klassen und der einzelnen die Friedensbringer sein, nicht, indem sie die Augen vor dem harten Muß des Kampfes verschließen, sondern indem sie ihn zu höheren Daseinsformen fortentwickeln. Bis dahin aber wird es noch langer und schwerer Geistesarbeit der Frauen bedürfen, eines ernsten, jeder Sentimentalität abholden Studiums der Dinge.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Zwei offiziöse Erklärungen zum Frieden.

Was der deutsche Reichskanzler Dr. Michaelis am kommenden Donnerstag im Reichstag zu sagen gedenkt, steht schon ziemlich klar in einem von der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" übernommenen Berliner Telegramm der „Münchener Neuesten Nachrichten". Es läuft darauf hinaus, daß die belgische Frage nicht für sich allein, sondern nur im Komplex aller Kriegsfragen gelöst werden könne. Sei die Entente bereit, ihre militärische und wirtschaftliche Eroberungspolitik aufzugeben, so sei es auch Deutschland, insbesondere in bezug auf Belgien. Über die Sicherung der belgischen Neutralität und die nationalen Rechte der Flamen könne man dann auf dem Friedenskongreß reden. Solange die Entente aber auf ihre Pläne des Landraubs und wirtschaftlichen Boykotts nicht verzichte, so lange bleibe Belgien eben durchaus und vollständig Faustpfand in deutscher Hand.

Es bedarf keiner ausdrücklichen Hervorhebung, daß diese Erklärung, welche die Bereitschaft in sich schließt, beim Verständigungsfrieden Belgiens Unabhängigkeit wieder herzustellen, von der alldeutschen Presse wütend begeifert wird. Sie greift den Kanzler empört an, er habe vor dem Reichstag den Canossagang angetreten und den deutschen Idealismus zu Grabe getragen; er wolle Belgien an England ausliefern und damit objektiven Landesverrat begehen. Diese Tatsache sei „ganz erschütternd".

Wir können den Schmerz zwar nicht teilen, aber verstehen, daß all ihre Raserei den Alldeutschen nichts genützt hat. Bei einiger Vernunft, die ihnen gerade freilich abgeht, hätten sie sich das vorher sagen können. Die Hauptsache ist indessen nicht das Geschrei dieser Belanglosen, das nun schon drei Jahre lang ertönt, ohne auf die Ereignisse irgend einen Einfluß zu haben, sondern die Aufnahme dieser deutschen Erklärung beim Feind. Einige liberale englische Blätter hatten gemeint, wenn Deutschland Belgien freigäbe, würde der Weg zum Frieden weit offen stehen. Dies scheint aber nur die Meinung einer kleinen Minderheit zu sein, die erst noch zur Macht gelangen soll. Reuter antwortet auf die deutschen Erklärungen mit einer offiziellen Darlegung, die besagt, Deutschlands Entgegenkommen bezeuge seine Hoffnungslosigkeit; aber die Alliierten würden sich nicht durch die Friedensbewegung irreführen lassen, sondern hielten an der endgültigen Beseitigung des preußischen Militarismus als Kriegsziel fest. Darüber ließe sich natürlich reden, wenn damit nur die Abrüstung gemeint wäre und der englische Marinismus Zug um Zug ebenfalls verschwände.

Fortschrittliche Abrechnung mit den Königsberger Alldeutschen.

Der Ortsverband der Königsberger fortschrittlichen Vereine nahm am Mittwoch zu der Gründung der Deutschen Vaterlandspartei Stellung. Einleitend wurde mitgeteilt, daß die Mitglieder Direktor Dr. Dirichlet, Bürgermeister Tießen, Divisionspfarrer Petti und Prokurist v. Hertzberg ihren Austritt aus der Fortschrittspartei erklärt haben. Erstere beiden haben den Aufruf für die Vaterlandspartei unterschrieben. Herr Oberbürgermeister Dr. Körte aber scheint zu glauben, daß die gleichzeitige Zugehörigkeit zur Fortschrittlichen Volkspartei und zur Vaterlandspartei sich miteinander vereinbaren läßt. Nach eingehender Erörterung wurde gegen eine einzige Stimme eine Entschließung angenommen, in der u. a. gesagt wird:

„Der Ortsverband der Königsberger fortschrittlichen Vereine erblickt in der Gründung der Deutschen Vaterlandspartei einen Vorgang, der die Einigkeit im deutschen Volk schädigt. Insbesondere verwahrt sich die Vertretung der Fortschrittlichen Volkspartei dagegen, daß die Deutsche Vaterlandspartei gegen die von der Reichsleitung gebilligte Friedenskundgebung der Reichstagsmehrheit eine Volksbewegung ins Werk zu setzen versucht und zu diesem Zweck den gegenwärtigen Reichstag nicht als die Vertretung des deutschen Volkswillens gelten lassen will. Die neue Partei muß demnach entweder di eAusschaltung dieses Reichstages oder Neuwahlen verlangen, — beides wäre gleich verderblich für Deutschlands Festigkeit und Einigkeit. Ebenso verwirft der Königsberger fortschrittliche Ortsverband die Forderung der Deutschen Vaterlandspartei, daß die innerpolitische Neugestaltung während des Krieges stocken müsse. Die vom Kaiser zugestandene und von der Regierung in die Wege geleitete Verbesserung des preußischen Wahlrechts darf nicht länger durch den Widerstand der bisher bevorrechteten Klassen verhindert werden. Ganz besonders aber erhebt der Königsberger fortschrittliche Ortsverband Einspruch dagegen, daß die neue Partei sich herausnimmt, nach ihrer Willkür eine Unterscheidung zu treffen zwischen vaterländisch gerichteten und andern, also vaterlandsfeindlichen Parteien. Der Königsberger fortschrittliche Ortsverband lehnt deshalb mit aller Entschiedenheit den Aufruf der „Deutschen Vaterlandspartei" ab, die in demselben einseitigen Geist wie die „Ostpreußische Gesellschaft von 1914", aus der die neue Partei hervorgegangen ist, ihre Werbetätigkeit jetzt mit allen Mitteln auszubreiten sucht. Die Mitglieder der Fortschrittlichen Volkspartei in Königsberg und Ostpreußen werden hiermit aufgefordert, der neuen Gründung keine Gefolgschaft zu leisten, vielmehr allen solchen Zersplitterungsversuchen die gebührende Abwehr entgegenzusetzen."

Das „Berliner Tageblatt" erwartet, daß der Zentralausschuß der Fortschrittlichen Volkspartei, der sich in seiner bevorstehenden Tagung mit der Deutschen Vaterlandspartei beschäftigen dürfte, zu dem gleichen Ergebnis kommen wird.

Allerlei Kriegsnachrichten.

Argentinien und Deutschland.

Aus Berlin wird berichtet: Von einem Abbruch der Beziehungen Argentiniens zu Deutschland ist bisher an hiesiger amtlicher Stelle und auch in der Berliner argentinischen Gesandtschaft noch nichts bekannt. Ein solcher Beschluß würde auch einigermaßen überraschen, nachdem die argentinische Regierung erklärt hatte, daß sie aus dem bekannten Zwischenfall, abgesehen von dem Wunsche der Heimberufung des Grafen Luxburg, Deutschland gegenüber keine weiteren Folgerungen zu ziehen gedenke.

In der argentinischen Kammer brachte nach einer Havas-Meldung aus Buenos-Aires die konservative Partei eine Vorlage ein, die sich für den sofortigen Bruch mit Deutschland erklärt.

Reuter meldet aus Buenos Aires: Argentinien hat ein Ultimatum an Deutschland geschickt.

Die deutsche Regierung hat dem argentinischen Gesandten in Beantwortung der Mitteilung, daß Graf Luxburg nicht mehr persona grata sei, erklärt, daß sie das Geschehene lebhaft bedauere. Die in den betreffenden Telegrammen ausgedrückten Ansichten des Grafen Luxberg seien seine persönlichen Ansichten und hätten auf die Entschließungen und Versprechungen der deutschen Regierung keinerlei Einfluß ausgeübt.

•

„Dreihundert Mark Belohnung."

Wolffs Bueau berichtet: Ein Funkspruch des Eiffelturmes vom 18. September verbreitet die Meldung, daß der deutsche Kaiser 300 Mk. Belohnung und drei Wochen Urlaub dem Soldaten versprach, der den ersten Amerikaner gefangen nehme. Diese lächerliche Erfindung verfolgt offenbar den doppelten Zweck, in Frankreich für die amerikanische Hilfe Reklame zu machen und der Eitelkeit der neuen Bundesgenossen zu schmeicheln. Die Mittelmächte sind liberal genug, um Gefangene ohne Unterschied der Nation willkommen zu heißen, und haben nach der Einbringung von über drei Millionen Mann keinen Anlaß, Kopfgelder auszusetzen.

•

Italienisch-französischer Truppenaustausch.

Wie die „Neuen Züricher Nachrichten" melden, hat zwischen Italien und Frankreich ein Austausch von Truppen stattgefunden. Unzuverlässige italienische Regimenter sind an die Westfront geschickt und durch französische und englische ersetzt worden.

•

Eine Folge der Luxburg-Affäre.

Laut „Göteborgs Handelstidning" werden nunmehr im schwedischen Auswärtigen Amte überhaupt keine Mitteilungen mehr weiterbefördert, die in Chiffren fremder Mächte abgefaßt sind.

•

Amerikas Kriegsetat.

Französische Blätter melden: Der amerikanische Kriegsminister Baker hat den Heereshaushaltsplan eingereicht, der 1387½ Millionen Franken umfaßt. Bei dieser Gelegenheit erklärte Baker, es sei die Absicht der Vereinigten Staaten, ein Heer von 2 300 000 Mann aufzustellen. Er teilte weiter mit, daß von den Eingeschriebenen 500 000 Mann unter die Waffen gerufen werden sollen.

•

Neue amerikanische Depeschenenthüllungen.

Lansing scheint seinen Enthüllungsfeldzug fortsetzen zu wollen. Der „Berliner Lokalanzeiger" veröffentlicht folgenden Reuterbericht aus Washington:

Der amerikanische Minister des Äußern veröffentlicht eine Mitteilung, die Graf Bernstoff im Januar 1917 an das Ministerium des Äußern in Berlin schickte. Die Mitteilung ist vom 22. Januar datiert und lautet:

„Ich erbitte Genehmigung zur Bezahlung einer Summe von 50 000 Dollar, um wie bei früheren Gelegenheiten den Kongreß zu beeinflussen mittels der Vereine, die Sie kennen und die vielleicht den Krieg abwenden können. Gleichzeitig werde ich dementsprechend vorgehen. Im übrigen wäre eine amtliche deutsche Erklärung zugunsten Irlands sehr erwünscht, weil dadurch der irische Einfluß hierzulande unterstützt würde."

Reuter fügt hinzu: Man glaubt, daß das Ministerium des Äußern weitere Dokumente besitzt, woraus der Zusammenhang zwischen der deutschen Propaganda und der irischen Frage hervorgeht.

•

Vernünftige Worte über die amerikanische Hilfe!

W. R. Hearst kritisiert im „New York American" Wilson und seine Politik, die er mit dem Namen „Kriegspolitik" stempelt, in heftigster Weise. Er sagt u. a.: „Die Berichte unserer eigenen Offiziere beweisen, daß die Alliierten den Krieg verlieren werden, wenn wir nicht genügend Material, genügend Schiffe und genügend Menschen liefern. Können wir das nicht, dann hat es keinen Zweck, den Alliierten zu empfehlen, den Krieg fortzusetzen. Nach Angabe unserer eigenen Offiziere verfügt Deutschland über mehrere Millionen Mann ausgebildeter Reserven. Wie groß die Reserven Oesterreich-Ungarns, Bulgariens und der Türkei sind, wissen wir nicht genau. Die Entente hat in Frankreich etwa 5 Millionen stehen. Die Italiener werden durch die Oesterreicher leicht in Schach gehalten. Das Ententeheer in Griechenland könnte ebenso gut am Nordpol untergebracht sein. Mit den englischen Truppen in Aegypten und Mesopotamien haben die Türken und Bulgaren leichtes Spiel. Rußland hat aufgehört, ein wichtiger Faktor zu sein. Das ganze Problem besteht demnach darin, daß die deutsche Front im Westen durchbrochen werden muß. Unsere Offiziere berichten, daß die 5 Millionen englisch-französischer Truppen dieser Aufgabe nicht gewachsen sind. Wie viel Menschen werden nun noch nötig sein, um diese Front zu durchbrechen, wenn diese mit den deutschen Reserven und den deutschen Soldaten, die der russischen Front entnommen werden können, verstärkt wird? Wir müßten wenigstens vier Millionen Soldaten nach Frankreich senden, vielleicht auch noch zweimal so viel, vorausgesetzt, daß alle diese Leute wirklich ausgebildet und ausgerüstet sind." Hearst sagt weiter: „Die Tauchboote vernichten die Schiffe schneller als Amerika sie ersetzen kann. Um die Verluste auszugleichen, müßten alle Schiffe, Ozeandampfer und Küstenfahrzeuge dem Dienst der militärischen Transporte unterstellt werden. Wir würden künftig sechs Jahre nötig haben, um dieser Aufgabe gewachsen zu sein. Inzwischen würden jedoch diese Tauchboote nicht arbeitslos bleiben. Sie torpedieren durchschnittlich eine Million Tonnen pro Monat, also viel mehr als alle Werften der Welt zusammen bauen können. Jede Berechnung über den Transport von Menschen und Material hängt in der Luft, so lange wir nicht die Tauchbootgefahr beseitigt haben. Da die Dinge so liegen, würde es dann nicht besser sein, ein Mittel zu finden suchen, den Krieg ehrenvoll zu beenden? Dürfen wir Truppen zur Eroberung Deutschlands schicken, die wir vielleicht zur Verteidigung unseres eigenen Landes viel kürzer nötig haben?"

Aus der Partei.

Spaltung der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion Berlin.

Wir lesen im „Vorwärts": Der Vorsitzende der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion Genosse Heimann erhielt folgendes Schreiben:

Berlin, 20. 9 17.

Werter Kollege Heimann!

Eine größere Anzahl Kollegen der sozialdemokratischen Ratsfraktion, eingeschriebene Mitglieder der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei, haben sich entschlossen, eine selbständige Fraktion der U. S. P. ins Leben zu rufen. Die Namen der in Betracht kommenden Kollegen werde ich Ihnen bis zum Beginn der künftigen Woche mitteilen.

Die Fraktion hat sich konstituiert, mich zu ihrem Vorsitzenden, Hintze zum stellvertretenden Vorsitzenden und Dr. Rosenfeld zum Schriftführer gewählt.

Ich bin beauftragt, Sie hiervon in Kenntnis zu setzen.

Mit kollegialem Gruß

Dr. Weyl.

Damit sind die andauernden, von allen Seiten anerkannten Bemühungen des Vorsitzenden, die Fraktion auch unter den gegenwärtigen schwierigen Parteiverhältnissen zusammenzuhalten, zum Scheitern gebracht.

Wie wir hören, wird als Grund für die nunmehr erfolgte Spaltung der folgende Beschluß des Bezirksvorstandes der S. D. P. vom 5. September angegeben:

„Der Bezirksvorstand hält es für geboten, daß die Mitglieder der Stadtverordnetenfraktion, die auf dem Boden der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands stehen, ihre Tätigkeit im Zusammenhang mit den Organisationen dieser Partei ausüben. Sie haben als Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei das Mandat erhalten und sind nur dieser und ihren Organisationen verantwortlich."

Wie dieser Beschluß zwingenden Grund zur Spaltung geben konnte, ist vollkommen unerfindlich. Man brauchte aber jetzt irgend einen äußeren Anlaß, denn seit langem schon waren einflußreiche, mit jedem Monat stärker drängende Kräfte am Werke, unter allen Umständen die Spaltung herbeizuführen. Da innerhalb der Fraktion einigermaßen zureichende Gründe nicht vorhanden und nicht zu erwarten waren, wurde der mitgeteilte Beschluß als Keil benutzt.

In dem Bestreben, dem Bezirksvorstand der S. D. P. wegen dieses Beschlusses die Schuld an der Spaltung zuzuschieben, haben die Drahtzieher aber ganz vergessen, daß bereits am 16. Juni d. J. in der Generalversammlung der Unabhängigen im 6. Berliner Reichstagswahlkreis beschlossen wurde: „eine Trennung von den auf dem Boden der Mehrheit stehenden sozialdemokratischen Stadtverordneten vorzunehmen und dies auch öffentlich in die Erscheinung treten zu lassen"; sie haben vergessen, daß noch vor kurzem von der gleichen Stelle die endliche Ausführung dieses Beschlusses dringend gefordert wurde.

Gleichfalls im Juni dieses Jahres sind bereits mehreren auf dem Boden der S. D. P. stehenden Stadtverordneten Briefe der unabhängigen Organisationen zugegangen, in denen die betreffenden Genossen aufgefordert wurden, zur Rechtfertigung vor den neuen Organisationen zu erscheinen.

Wie kann man angesichts dieser Tatsachen zu behaupten wagen, der Bezirksvorstand der S. D. P. habe durch seinen Beschluß den Bruch veranlaßt?

In mühevoller Arbeit eines vollen Menschenalters hat die Fraktion eine achtunggebietende Stellung in der Berliner Stadtverwaltung zum Wohle der arbeitenden Bevölkerung errungen. Wie bisher, so konnte das Kommunalprogramm auch weiterhin die Grundlage für gemeinsame ersprießliche Tätigkeit abgeben. Ohne inneren Grund ist der stolze Bau, an dessen Grundlegung und Errichtung der Genosse Paul Singer in erster Reihe mitgewirkt hat, in Trümmer geschlagen. Der bisherigen Tätigkeit der Unabhängigen stellt diese neue Tat sich würdig zur Seite.

Aus Nah und Fern.

Aus Not in den Tod ging in Berlin freiwillig der Schauspieler Schulze mit seiner Frau und drei Kindern. Sie hatten Zyankali genommen. Das älteste 13jährige Kind weilte in der Schule und entging so dem Tode. Die Familie litt seit längerer Zeit bittere Not, was auch den Anlaß zu dem unglücklichen Schritte gab.

Wo das Schweinefleisch bleibt. Aus Dortmund wird berichtet: Die kürzlich von der Polizei in der Goethestraße aufgehobene Geheimschlachterei scheint eine der größten gewesen zu sein, die bisher entdeckt wurden. Der Schlosser Blömke und der Bergmann Behle aus der Wellinghoferheide sind anscheinend nur vorgeschobene Personen, die auftragsgemäß handelten. Die Hauptmacher sind andere Leute, die bereits mit den Gesetzen wegen ähnlicher Vorkommnisse in Konflikt gekommen sind. Wenige Tage nach der Beschlagnahme von 31 geschlachteten Schweinen holte die Polizei aus den Ställen der Geheimschlachterei noch 20 lebende Schweine im Gewichte von je 80 bis 100 Pfund. Da es keinem Zweifel unterliegt, daß auch diese Schweine für die Geheimschlachterei bestimmt waren, erfolgte im Interesse der Allgemeinheit die Beschlagnahme. Die Beute, welche die Polizei auf Grund der Kriegsgesetze innerhalb drei Tagen in der Goethestraße machte, hatte einen Wert von rund 20 000 Mk.

Rasch erledigt. Am Mittwoch hatte sich vor dem Schöffengerichte in München eine Frau wegen gefährlicher Körperverletzung u. a. zu verantworten; sie wurde zur Geldstrafe von zehn Mark verurteilt. Während der Urteilsbegründung geriet die Angeklagte in große Aufregung; sie sank mit einem lauten Schrei auf die Anklagebank zurück und mußte aus dem Sitzungssaal getragen werden. Der Vorsitzende unterbrach die Urteilsbegründung, und als er nach einiger Zeit nach der Frau fragte, teilte der Gerichtsdiener mit: „Die Frau is scho wieda g'sund, d' Straf hat's a scho zahlt und fort is a scho!"

Von einem russischen Gefangenen ermordet. Den Wiener Arzt Joseph Stresser überfiel, als er gerade im Gefangenenlager Salzerbach (Niederösterreich) einen französischen Offizier untersuchte, ein russischer Gefangener. Dieser bohrte dem überfallenen Arzt ein Küchenmesser in die Bauchhöhle. Strasser hatte noch die Kraft, sich einen Notverband anzulegen und seine Ueberführung ins Krankenhaus St. Poelten zu veranlassen. Dort wurde gleich eine Operation vorgenommen. Strasser starb jedoch nach zwei Tagen.

Schweres Grubenunglück in Ungarn. In der Lupenyer Kohlengrube entstand infolge eines unvorsichtigerweise weggeworfenen brennenden Zündhölzchens eine Explosion. **59 Bergleute sind tot,** fünf schwer verwundet und 50 leicht verwundet. Die sofort eingeleiteten Rettungsarbeiten begrenzten den Brand, sodaß der Betrieb in wenigen Tagen in normaler Weise fortgesetzt werden kann. Der Materialschaden ist unbedeutend.

Schweres Eisenbahnunglück in Belgien. Einem Drahtbericht zufolge hat sich ein folgenschwerer Zusammenstoß auf der Vizinalbahn Anz—Brüssel ereignet. Ein vollbesetzter Personenzug stieß mit einem Güterzug zusammen. **23 Fahrgäste wurden getötet,** 90 verwundet.

Wohin der Wucherer gehört. Bruder Johannes Pauli, Barfüßermönch, erzählt in seinem Buche „Schimpf und Ernst" 1522 folgende alte, heut wieder zeitgemäße Geschichte: Ein Wucherer war gestorben, und der Priester und seine Freunde konnten sich nicht einigen wegen des Begräbnisses. Der Priester sagte: „Liebe Freunde, laßt uns den Leib auf einen Wagen legen und zwei Ochsen davor spannen und Vertrauen zu Gott haben, so werden sie ihn wohl dahin ziehen, wo Gott will, daß sein Begräbnis sei." Das war seinen Freunden lieb. Da zogen ihn die Ochsen, ohne alle menschliche Weisung unter den Galgen und wollten nicht weiter gehen. Dort wollte ihn Gott begraben haben, denn er hatte sich auf Erden betragen wie ein Dieb, darum sollte er auch dort begraben sein, wo die Diebe liegen.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Giesliß, Berlin. Verleger: Th. Glocke. Druck: Friedr. Ragoczy & Co., Berlin SW. 68.